

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

10. Jahrgang.

Mittwoch, 5. November 1930.

Nr. 259.

### Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . K<sup>o</sup> 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Kollektion von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich 12 Bl.

## Hausdurchsuchungen in Oesterreich.

In vielen Arbeiterheimen und  
ParteiSekretariaten. — Ergebnis  
gleich Null.

Wien, 4. November. (Eigenbericht.) Die angekündigten Hausdurchsuchungen haben tatsächlich in ganz Oesterreich stattgefunden, ohne daß auch nur der geringste Erfolg sich ergeben hätte. Überall ist ein riesenartiges Aufgebot von Polizei und Gendarmerie und Militär mit Maschinengewehren und spanischen Reitern erschienen. In sozialdemokratischen Parteihäusern in Wien ist um viertel zehn Uhr ein starkes Aufgebot erschienen und wies einen Polizeiauftrag zur Hausdurchsuchung vor. Der Auftrag war nicht vom Gericht ausgestellt. Nun wurde das Parteihaus bis zum Boden durchsucht, im Keller wurden die Mauern durchbrochen und die Beamten krochen durch die Löcher, um sich zu überzeugen, ob nichts verborgen ist. Die Aktion dauerte bis ein Uhr, ohne daß irgendwas gefunden wurde. Zur selben Zeit wurden auch das Arbeiterheim und die Parteisekretariate in den meisten Wiener Bezirken durchsucht, ohne daß etwas gefunden wurde. In Wiener Neustadt erschien die Gendarmerie vor dem Rathaus und verlangte Auslieferung der Waffen, die seit der Bürgerlandkrisis mit Wissen der Regierung unter gemeinsamer Verschluss der beiden Parteien sich im Rathaus befinden. Als der sozialdemokratische Bürgermeister erklärte, daß er ohne Auftrag der Landesregierung nichts ausfolgen könne, erklärte der Kommandant, daß er einen höheren Auftrag habe. Darauf wurde das Lokal aufgebrochen und es wurden die Waffen gefunden, von denen die Regierung ohnedies wußte. Auf den Straßen waren inzwischen Maschinengewehre aufgestellt. Keuchlich erging es in den meisten anderen österreichischen Industriorten, St. Pölten, Mödling, Linz, Graz und anderen.

Die ganze Aktion war, wie auch die bürgerlichen Blätter konstatieren, ein Nischenstück.

Die „Neue Freie Presse“ schreibt, es sei eine einseitige Entwaffnungsaktion gewesen und es beständen ernste Zweifel an der Gerechtigkeit.

Im Wiener Landtag brachten die Sozialdemokraten heute in einer Interpellation die heutigen Hausdurchsuchungen zur Sprache und erklärten, daß die ganze Aktion verfassungswidrig gewesen sei.

Die mit so großem Aufwand eingeleitete Aktion der Regierung hatte einen doppelten Zweck. Sie sollte zunächst in der Öffentlichkeit die sozialdemokratische Aktion für die innere Abwertung herabsetzen und sollte zweitens die Arbeiter zu Unbesonnenheiten provozieren. Beides ist vollständig mißglückt. Vor allem haben die Arbeiter, getrieben der gestern ergangenen Parole, sich nicht provozieren lassen, sondern, obwohl in den Provinzorten Gendarmerie mit Maschinengewehren und spanischen Reitern aufmarschiert ist und die Parteiführer förmlich kriegsmäßig gerneriert hat, sich in musterhafter Disziplin verhalten. Aber auch das Ergebnis der Hausdurchsuchungen ist lässlich.

In Wien ist nicht eine einzige verbotene Schusswaffe beschlagnahmt worden. Die behördliche Aktion sowohl im sozialdemokratischen Parteihaus wie in den Arbeiterheimen und den Parteisekretariaten ist ohne jedes Ergebnis geblieben. Beschlagnahmt wurden lediglich Waffen, die von Schützenvereinen geführt wurden.

In Wiener Neustadt wurde die Waffensuche mit einem außerordentlich großen Aufgebot von Militär mit Maschinengewehren durchgeführt. Es wurden aber lediglich Waffen beschlagnahmt, die in der Zeit der Bürgerlandkrisis von der Landesregierung der Gemeinde zur Verfügung gestellt und dort unter gemeinsamer Sperre des sozialdemokratischen Bürgermeisters Ofenböck und eines christlichsozialen Abgeordneten aufbewahrt wurden. Von den 2700 beschlagnahmten Gewehren sind tausend Karabiner der Heimwehr abgenommen worden, die im Einvernehmen mit den Christlichsozialen im Wiener Neustädter Ju-

## Programmrede Brünnings.

Eine rüstantes Projekt: Preisentwertung, Gehaltsabbau, Sparbarkeit.

Berlin, 4. November. Die heutige öffentliche Reichsratsitzung fand im Großen Saal des Reichshaushaltungsausschusses statt, der an Stelle des sonst benutzten Reichsratszooles gewählt worden war, um durch den größeren Rahmen die besondere Bedeutung dieser Tagung zu unterstreichen. Da der Reichstag jetzt nicht versammelt ist, waren verhältnismäßig wenig Parlamentarier als Zuhörer anwesend, während die Preise außerordentlich stark vertreten war. Unter den Gästen befand sich auch Reichstagspräsident Loebe.

Da der Reichstag jetzt nicht versammelt ist, waren verhältnismäßig wenig Parlamentarier als Zuhörer anwesend, während die Preise außerordentlich stark vertreten war. Unter den Gästen befand sich auch Reichstagspräsident Loebe.

Reichsminister Dr. Brüning erschien frühzeitig in Begleitung des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich. Bald darauf erschienen auch die Reichsminister Stegerwald und Curtius. Die Länder waren vielfach durch ihre Ministerpräsidenten vertreten. Preußen durch den Ministerpräsidenten Braun und Bayern durch den Ministerpräsidenten Held.

Reichsminister Dr. Brüning führte u. a. aus: Die jetzige öffentliche Sitzung des Reichsrats ist die Fortsetzung der im Laufe der letzten vierzehn Tage zwischen der Reichsregierung und den Ländern geführten vertraulichen Verhandlungen über die großen Fragen der Wirtschaft- und Finanzpolitik. Wir stehen vor einem Gesetzgebungsakt, wie es von so großer Bedeutung seit vielen Jahren nicht vorgelegen ist. Dieses Gesetzgebungsakt steht in engster Beziehung zu unserer Wirtschaftspolitik und vor allem unserer Außenpolitik, ja, es bildet die Voraussetzung für unsere Außenpolitik. Nachdem wir die Freiheit von der ausländischen Kontrolle durch die Annahme des Youngplans bekommen haben, muß es die Aufgabe jeder Reichsregierung sein, wie sie auch parteipolitisch zusammengeht, daß wir sie auch parteipolitisch zusammengehen lassen, daß wir sie auch parteipolitisch zusammengehen lassen, daß wir sie auch parteipolitisch zusammengehen lassen.

Reichsminister Dr. Brüning führte u. a. aus: Die jetzige öffentliche Sitzung des Reichsrats ist die Fortsetzung der im Laufe der letzten vierzehn Tage zwischen der Reichsregierung und den Ländern geführten vertraulichen Verhandlungen über die großen Fragen der Wirtschaft- und Finanzpolitik. Wir stehen vor einem Gesetzgebungsakt, wie es von so großer Bedeutung seit vielen Jahren nicht vorgelegen ist. Dieses Gesetzgebungsakt steht in engster Beziehung zu unserer Wirtschaftspolitik und vor allem unserer Außenpolitik, ja, es bildet die Voraussetzung für unsere Außenpolitik. Nachdem wir die Freiheit von der ausländischen Kontrolle durch die Annahme des Youngplans bekommen haben, muß es die Aufgabe jeder Reichsregierung sein, wie sie auch parteipolitisch zusammengeht, daß wir sie auch parteipolitisch zusammengehen lassen, daß wir sie auch parteipolitisch zusammengehen lassen.

Reichsminister Dr. Brüning führte u. a. aus: Die jetzige öffentliche Sitzung des Reichsrats ist die Fortsetzung der im Laufe der letzten vierzehn Tage zwischen der Reichsregierung und den Ländern geführten vertraulichen Verhandlungen über die großen Fragen der Wirtschaft- und Finanzpolitik. Wir stehen vor einem Gesetzgebungsakt, wie es von so großer Bedeutung seit vielen Jahren nicht vorgelegen ist. Dieses Gesetzgebungsakt steht in engster Beziehung zu unserer Wirtschaftspolitik und vor allem unserer Außenpolitik, ja, es bildet die Voraussetzung für unsere Außenpolitik. Nachdem wir die Freiheit von der ausländischen Kontrolle durch die Annahme des Youngplans bekommen haben, muß es die Aufgabe jeder Reichsregierung sein, wie sie auch parteipolitisch zusammengeht, daß wir sie auch parteipolitisch zusammengehen lassen, daß wir sie auch parteipolitisch zusammengehen lassen.

Reichsminister Dr. Brüning führte u. a. aus: Die jetzige öffentliche Sitzung des Reichsrats ist die Fortsetzung der im Laufe der letzten vierzehn Tage zwischen der Reichsregierung und den Ländern geführten vertraulichen Verhandlungen über die großen Fragen der Wirtschaft- und Finanzpolitik. Wir stehen vor einem Gesetzgebungsakt, wie es von so großer Bedeutung seit vielen Jahren nicht vorgelegen ist. Dieses Gesetzgebungsakt steht in engster Beziehung zu unserer Wirtschaftspolitik und vor allem unserer Außenpolitik, ja, es bildet die Voraussetzung für unsere Außenpolitik. Nachdem wir die Freiheit von der ausländischen Kontrolle durch die Annahme des Youngplans bekommen haben, muß es die Aufgabe jeder Reichsregierung sein, wie sie auch parteipolitisch zusammengeht, daß wir sie auch parteipolitisch zusammengehen lassen, daß wir sie auch parteipolitisch zusammengehen lassen.

Reichsminister Dr. Brüning führte u. a. aus: Die jetzige öffentliche Sitzung des Reichsrats ist die Fortsetzung der im Laufe der letzten vierzehn Tage zwischen der Reichsregierung und den Ländern geführten vertraulichen Verhandlungen über die großen Fragen der Wirtschaft- und Finanzpolitik. Wir stehen vor einem Gesetzgebungsakt, wie es von so großer Bedeutung seit vielen Jahren nicht vorgelegen ist. Dieses Gesetzgebungsakt steht in engster Beziehung zu unserer Wirtschaftspolitik und vor allem unserer Außenpolitik, ja, es bildet die Voraussetzung für unsere Außenpolitik. Nachdem wir die Freiheit von der ausländischen Kontrolle durch die Annahme des Youngplans bekommen haben, muß es die Aufgabe jeder Reichsregierung sein, wie sie auch parteipolitisch zusammengeht, daß wir sie auch parteipolitisch zusammengehen lassen, daß wir sie auch parteipolitisch zusammengehen lassen.

Reichsminister Dr. Brüning führte u. a. aus: Die jetzige öffentliche Sitzung des Reichsrats ist die Fortsetzung der im Laufe der letzten vierzehn Tage zwischen der Reichsregierung und den Ländern geführten vertraulichen Verhandlungen über die großen Fragen der Wirtschaft- und Finanzpolitik. Wir stehen vor einem Gesetzgebungsakt, wie es von so großer Bedeutung seit vielen Jahren nicht vorgelegen ist. Dieses Gesetzgebungsakt steht in engster Beziehung zu unserer Wirtschaftspolitik und vor allem unserer Außenpolitik, ja, es bildet die Voraussetzung für unsere Außenpolitik. Nachdem wir die Freiheit von der ausländischen Kontrolle durch die Annahme des Youngplans bekommen haben, muß es die Aufgabe jeder Reichsregierung sein, wie sie auch parteipolitisch zusammengeht, daß wir sie auch parteipolitisch zusammengehen lassen, daß wir sie auch parteipolitisch zusammengehen lassen.

### Protest des Wiener Bürgermeisters.

Wien, 4. November. Wie die Rathauskorrespondenz meldet, hat Landeshauptmann Seih auf Grund einer in der heutigen Sitzung des Landtags gestellten sozialdemokratischen Anfrage betreffend die Hausdurchsuchungen nach Waffen, an den Bundeskanzler Vaugin ein Schreiben

gerichtet, worin er unter Hinweis auf die Anfrage betonte, daß der Auftrag an die Polizeidirektion unter Umgehung des Landeshauptmanns erfolge und daß es peinliches Aergernis hervorrufen müsse, wenn sich Behörden einer Verletzung verfassungsmäßiger Rechte schuldig machen, in diesem Falle des Hausfriedensbruchs. Derartige Maßnahmen, die den Anschein erwecken, als wären Ruhe und Ordnung in Oesterreich bedroht, müssen im In- und Auslande Aufsehen erregen und unter Umständen das wirtschaftliche Leben schädigen.

Wien, 4. November. Der Wiener Landtag war für heute einberufen, um die zuletzt konzipierten Artikel zu immunitieren. In Anbetracht der Konstatierung der „Arbeiter-Zeitung“, des „Alten Blattes“ und des „Extra-Blattes“ wurden zwei dringliche Anfragen gestellt. Eine andere Interpellation betraf die heutigen Durchsuchungen und wies die Ungerechtigkeit des Vorgehens des Innenministeriums und der Polizei nach, da die vorgeschriebene gerichtliche Weisung fehle. Die Christlichsozialen stürzten die Verlesung der Anfragen durch Lärmende Obstruktion, die jede Beratung unmöglich machte. Die Interpellationen wurden verlesen und der Vorsitzende diktierte ins Protokoll den Beschluß, daß er die Anfragen der Bundesregierung zum weiteren Verfahren abtritt. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Wien, 4. November. Die „Neue Freie Presse“ schreibt zu den heutigen Ereignissen in Wien und Oesterreich: Mit einem großen Apparat wurde ein Aktion eingeleitet, die ohne größeren Erfolg endete. Die Aktion, besonders in Wien, endete mit einem absoluten Mißerfolg. Kleinere Resultate wurden in den Bundesländern erzielt, doch sind zuverlässige Nachrichten noch ausständig. Jedenfalls aber handelt es sich um eine einseitige Abrüstungsaktion, die mit der wirklichen Abrüstungsaktion in vollem Widerspruch steht. Auch an der Gerechtigkeit dieser Aktion muß man ernstlich zweifeln.

Wien, 4. November. Die heutige öffentliche Sitzung des Reichsrats ist die Fortsetzung der im Laufe der letzten vierzehn Tage zwischen der Reichsregierung und den Ländern geführten vertraulichen Verhandlungen über die großen Fragen der Wirtschaft- und Finanzpolitik. Wir stehen vor einem Gesetzgebungsakt, wie es von so großer Bedeutung seit vielen Jahren nicht vorgelegen ist. Dieses Gesetzgebungsakt steht in engster Beziehung zu unserer Wirtschaftspolitik und vor allem unserer Außenpolitik, ja, es bildet die Voraussetzung für unsere Außenpolitik. Nachdem wir die Freiheit von der ausländischen Kontrolle durch die Annahme des Youngplans bekommen haben, muß es die Aufgabe jeder Reichsregierung sein, wie sie auch parteipolitisch zusammengeht, daß wir sie auch parteipolitisch zusammengehen lassen, daß wir sie auch parteipolitisch zusammengehen lassen.

Wien, 4. November. Die heutige öffentliche Sitzung des Reichsrats ist die Fortsetzung der im Laufe der letzten vierzehn Tage zwischen der Reichsregierung und den Ländern geführten vertraulichen Verhandlungen über die großen Fragen der Wirtschaft- und Finanzpolitik. Wir stehen vor einem Gesetzgebungsakt, wie es von so großer Bedeutung seit vielen Jahren nicht vorgelegen ist. Dieses Gesetzgebungsakt steht in engster Beziehung zu unserer Wirtschaftspolitik und vor allem unserer Außenpolitik, ja, es bildet die Voraussetzung für unsere Außenpolitik. Nachdem wir die Freiheit von der ausländischen Kontrolle durch die Annahme des Youngplans bekommen haben, muß es die Aufgabe jeder Reichsregierung sein, wie sie auch parteipolitisch zusammengeht, daß wir sie auch parteipolitisch zusammengehen lassen, daß wir sie auch parteipolitisch zusammengehen lassen.

Wien, 4. November. Die heutige öffentliche Sitzung des Reichsrats ist die Fortsetzung der im Laufe der letzten vierzehn Tage zwischen der Reichsregierung und den Ländern geführten vertraulichen Verhandlungen über die großen Fragen der Wirtschaft- und Finanzpolitik. Wir stehen vor einem Gesetzgebungsakt, wie es von so großer Bedeutung seit vielen Jahren nicht vorgelegen ist. Dieses Gesetzgebungsakt steht in engster Beziehung zu unserer Wirtschaftspolitik und vor allem unserer Außenpolitik, ja, es bildet die Voraussetzung für unsere Außenpolitik. Nachdem wir die Freiheit von der ausländischen Kontrolle durch die Annahme des Youngplans bekommen haben, muß es die Aufgabe jeder Reichsregierung sein, wie sie auch parteipolitisch zusammengeht, daß wir sie auch parteipolitisch zusammengehen lassen, daß wir sie auch parteipolitisch zusammengehen lassen.

Wien, 4. November. Die heutige öffentliche Sitzung des Reichsrats ist die Fortsetzung der im Laufe der letzten vierzehn Tage zwischen der Reichsregierung und den Ländern geführten vertraulichen Verhandlungen über die großen Fragen der Wirtschaft- und Finanzpolitik. Wir stehen vor einem Gesetzgebungsakt, wie es von so großer Bedeutung seit vielen Jahren nicht vorgelegen ist. Dieses Gesetzgebungsakt steht in engster Beziehung zu unserer Wirtschaftspolitik und vor allem unserer Außenpolitik, ja, es bildet die Voraussetzung für unsere Außenpolitik. Nachdem wir die Freiheit von der ausländischen Kontrolle durch die Annahme des Youngplans bekommen haben, muß es die Aufgabe jeder Reichsregierung sein, wie sie auch parteipolitisch zusammengeht, daß wir sie auch parteipolitisch zusammengehen lassen, daß wir sie auch parteipolitisch zusammengehen lassen.

Wien, 4. November. Die heutige öffentliche Sitzung des Reichsrats ist die Fortsetzung der im Laufe der letzten vierzehn Tage zwischen der Reichsregierung und den Ländern geführten vertraulichen Verhandlungen über die großen Fragen der Wirtschaft- und Finanzpolitik. Wir stehen vor einem Gesetzgebungsakt, wie es von so großer Bedeutung seit vielen Jahren nicht vorgelegen ist. Dieses Gesetzgebungsakt steht in engster Beziehung zu unserer Wirtschaftspolitik und vor allem unserer Außenpolitik, ja, es bildet die Voraussetzung für unsere Außenpolitik. Nachdem wir die Freiheit von der ausländischen Kontrolle durch die Annahme des Youngplans bekommen haben, muß es die Aufgabe jeder Reichsregierung sein, wie sie auch parteipolitisch zusammengeht, daß wir sie auch parteipolitisch zusammengehen lassen, daß wir sie auch parteipolitisch zusammengehen lassen.

Wien, 4. November. Die heutige öffentliche Sitzung des Reichsrats ist die Fortsetzung der im Laufe der letzten vierzehn Tage zwischen der Reichsregierung und den Ländern geführten vertraulichen Verhandlungen über die großen Fragen der Wirtschaft- und Finanzpolitik. Wir stehen vor einem Gesetzgebungsakt, wie es von so großer Bedeutung seit vielen Jahren nicht vorgelegen ist. Dieses Gesetzgebungsakt steht in engster Beziehung zu unserer Wirtschaftspolitik und vor allem unserer Außenpolitik, ja, es bildet die Voraussetzung für unsere Außenpolitik. Nachdem wir die Freiheit von der ausländischen Kontrolle durch die Annahme des Youngplans bekommen haben, muß es die Aufgabe jeder Reichsregierung sein, wie sie auch parteipolitisch zusammengeht, daß wir sie auch parteipolitisch zusammengehen lassen, daß wir sie auch parteipolitisch zusammengehen lassen.

Wien, 4. November. Die heutige öffentliche Sitzung des Reichsrats ist die Fortsetzung der im Laufe der letzten vierzehn Tage zwischen der Reichsregierung und den Ländern geführten vertraulichen Verhandlungen über die großen Fragen der Wirtschaft- und Finanzpolitik. Wir stehen vor einem Gesetzgebungsakt, wie es von so großer Bedeutung seit vielen Jahren nicht vorgelegen ist. Dieses Gesetzgebungsakt steht in engster Beziehung zu unserer Wirtschaftspolitik und vor allem unserer Außenpolitik, ja, es bildet die Voraussetzung für unsere Außenpolitik. Nachdem wir die Freiheit von der ausländischen Kontrolle durch die Annahme des Youngplans bekommen haben, muß es die Aufgabe jeder Reichsregierung sein, wie sie auch parteipolitisch zusammengeht, daß wir sie auch parteipolitisch zusammengehen lassen, daß wir sie auch parteipolitisch zusammengehen lassen.

Wien, 4. November. Die heutige öffentliche Sitzung des Reichsrats ist die Fortsetzung der im Laufe der letzten vierzehn Tage zwischen der Reichsregierung und den Ländern geführten vertraulichen Verhandlungen über die großen Fragen der Wirtschaft- und Finanzpolitik. Wir stehen vor einem Gesetzgebungsakt, wie es von so großer Bedeutung seit vielen Jahren nicht vorgelegen ist. Dieses Gesetzgebungsakt steht in engster Beziehung zu unserer Wirtschaftspolitik und vor allem unserer Außenpolitik, ja, es bildet die Voraussetzung für unsere Außenpolitik. Nachdem wir die Freiheit von der ausländischen Kontrolle durch die Annahme des Youngplans bekommen haben, muß es die Aufgabe jeder Reichsregierung sein, wie sie auch parteipolitisch zusammengeht, daß wir sie auch parteipolitisch zusammengehen lassen, daß wir sie auch parteipolitisch zusammengehen lassen.

## Vor den Wahlen in Oesterreich.

Prag, 4. November 1930.  
Um was es geht.

Am Ende dieser Woche wird in Oesterreich gewählt. Wenn auch die Arbeiterschaft aller Länder schon bisher jede Wahl dort mit brennendem Interesse verfolgt hat, so bringt sie doch den sonntägigen Wahlen eine noch ungleich leidenschaftlicher Anteilnahme entgegen. Das verhältnismäßig kleine Oesterreich war schon früher wiederholt ein Brennpunkt der internationalen Politik, diesmal ist es dies in noch stärkerem und vielleicht entscheidendem Maße. Wiederschlag, Sozialpolitik, Steuererteilung, sie spielen im Wahlkampf eine wichtige Rolle, aber doch sind diese Fragen von untergeordneter Bedeutung gegenüber der Hauptfrage, die zur Entscheidung steht: wird Oesterreich ein demokratischer Staat bleiben, oder wird er eine Beute des Faschismus werden? Eine Frage von größter geschichtlicher Bedeutung, und nicht nur für Oesterreich allein, steht zur Beantwortung. Vaugin, Starhemberg, Seipel — die Männer, die gegenwärtig an der Spitze des Staates stehen, ihre Vergangenheit und Gefinnung lassen keinerlei Zweifel darüber bestehen, wohin die Fahrt gehen würde, wenn die Demokratie und der Sozialismus die Schlacht verlieren sollten oder wenn die Demokratie nur einen halben Sieg zu erringen die Kraft hätte. Bei diesen Wahlen muß noch mehr bewiesen werden, als daß eine knappe Mehrheit der Bevölkerung für die Erhaltung des demokratischen Regierungssystems ist, denn dies würde den Faschismus neue Hoffnungen schöpfen lassen. Nur wenn der antifaschistische, demokratische Wille im Wahlergebnis seinen klaren und unabweisbaren Ausdruck findet und die Schwäche der monarchistisch-faschistischen Konterrevolution offenkundig wird, eine Schwäche, die sich heute hinter maßloser Moulaufrichtigkeit und hinter bombastischen Drohungen verbirgt, — ist eine dauernde Reinigung der Luft von den giftigen Miasmen des Faschismus zu erwarten. Ein Sieg des Heimwehrbanditentums oder auch nur seine schwächliche Niederlage wäre nicht nur für Oesterreich, sondern für einen großen Teil Europas von den schwerwiegendsten Folgen.

In Oesterreich wird am Sonntag ein Stück Schicksal der europäischen Arbeiterklasse mit entschieden werden!

Der Kampf unserer österreichischen Genossen ist ein Kampf um die Demokratie Europas!

### An ihren Plakaten soll ihr sie erkennen . . . .

Christlichsoziale und Heimwehr fürchten, wohl nicht mit Unrecht, daß der Sonntag für sie ein schwarzer Tag werden kann und so wenden sie struppellose die schäblichsten und schufzigsten Mittel an, um das Wahlgeld zu ihren Gunsten zu beeinflussen. In ihren Reden, Flugblättern und Plakaten leisten sie das erdenkbar Gemeinste. Die Sozialdemokratie hat in dem wüsten Loben ihre Fassung bewahrt und stellt in den Vordergrund ihrer Wahlpropaganda schöne menschliche Ideen: Frieden, Abrüstung, aufbauende Arbeit, gegen den mordenden Bürgerkrieg! Doch ihre Gegner! Da leuchtet von den Häufertümpeln ein Heimwehrplakat, das einen Stiefel zeigt, der natürlich die Heimwehr sein soll und dieser Stiefel steht einen grellroten, revolverbewaffneten Brandstifter und Bombenwerfer, dem der edle Zeichner ein richtiges Verbrechergesicht gegeben hat, mit Wucht irgendwo in den Weltraum hinaus. Der grellrote Verbrecher ist — wer denn sonst! — die Sozialdemokratie! Ein anderes Plakat stellt einen forschen Heimwehrmann als — Schweinetreiber dar, der mit der Reitpeitsche ein paar grellrote Schweine und eine Hyäne vor sich herreibt. Ganz so geht es auch in den Versammlungen des Alexo-Faschismus zu: die sozialdemokratischen Arbeiter sind rote Schweine, Brandstifter und



Verbrecher! Zum dauernden Gedächtnis sei vermerkt, daß das seine Plakat in der Kinderfreundezeitung des Benediktinerordens in Innsbruck hergestellt worden ist. Mit der Gemeinheit des Schweinereiter-Plakats konkurriert erfolgreich das offizielle Plakat der christlichsozialen Partei: „Der brennende Justizpalast“. Es hat die Technik und den Stil der berühmtesten Kriegsgreuel-Propaganda an sich: Unten der brennende Justizpalast und darüber die Riesengestalt eines Amokläufers entfesselter Gewalt: die brennende Fackel in der einen, die Petroleumlampe in der anderen Hand, das Gesicht tierisch verzerrt, nach Blut und Zerstörung lechzend. Ein weiteres christlichsoziales Plakat läßt rote Fackeln ein Wegkreuz mit Steinen betreten — aber das war sogar der Staatsanwaltschaft zu stark und sie beschlagnahmte es. Alle diese Plakate christlichsozialen und Heimwehrgeistes sollen die Wähler in eine Angststimmung hineinjagen, sie sind selber aber Produkte größter Angst, nämlich der eigenen, die hoffentlich am 9. November ihre Rechtfertigung finden wird.

**Christus im Wahlkampf.**

Die christlichsoziale Partei hat sich mit dem blutigeren Heimwehrfaszismus eingelassen, dadurch ist sie in eine prekäre Lage geraten. Um ihr nun in ihrer selbstverschuldeten Bedrängnis zu Hilfe zu kommen, haben die Bischöfe Oesterreichs einen Wahlhirtensbrief erlassen, sind von ihrem Piedestal in die politische Arena herabgestiegen und beschwören Pech und Schwefel auf jene herab, die anders als christlichsozial oder faszistisch wählen sollten. Der Wahlhirtensbrief ist ganz im Stile der jüdischen Heimwehrpropagandisten Sandor Weisz und Jakob Lippavich verfaßt, er bemüht sich, ebenso ungeflätcht zu sein wie die Reden des Heimwehrausubens Starhemberg, mit denen er in seinen Versammlungen das raddaulustige Publikum unterhält. Da wird gezeifert: „Die eigentliche Wahlparole lautet haben und drüben: „Hier Christus — hier Belial, der Teufel!“ Und damit die Wahl mit einer Niederlage Belials ende, versprechen die Bischöfe, „Gottes Segen zu ersehen“ und sie verordnen bis zum Wahltag für alle Kirchen die Abhaltung eines neuntägigen Gebetes „vor ausgesetztem Allerheiligsten oder mit anschließendem heiligen Segen“. Besorgt rufen sie den Gläubigen zu, sich in Acht zu nehmen, denn „dunkle Mächte planen einen gewaltigen Umsturz“. Sie meinen damit niemand anderen als die — Sozialisten. Die seit Jahr und Tag zum Umsturz rüstenden Heimwehren, die mit Maschinengewehren und Dolchmessern, mit Gasandgranaten und Revolvern bewaffnet sind, die Tag um Tag für den Bürgerkrieg einexerziert werden und die in jeder Woche heimlich ein paar sozialdemokratische Arbeiter morden, diese vertiereten Horden machen den Herren Bischöfen keine Sorgen, sie erregen sogar ihr Wohlgefallen, ihr Umsturz wäre ganz nach den Sehnsüchten der Herren Bischöfe und sie stehen für sie wie für die mit ihnen verbündeten christlichsozialen den Segen Gottes herab, verordnen für sie neuntägige Gebete und lassen zu ihren

Ehren das Allerheiligste aussetzen! Ach, denoch fürchten wir, daß es Gott auch diesmal so halten wird wie im Kriege: er wird auf Seite der stärksten Bataillone sein. Weniger auf Seite jener, welche die Religion für schmutzige Parteigeschäfte auszunutzen suchen.

**Mehlmischungsvorlage im Landwirtschaftsausschuß.**

**Beimischungszwang für heimischen Weizen und Roggen. — Befristet bis 31. August 1931.**

Prag, 4. November. Dem Parlament, das heute die Debatte über den rumänischen Handelsvertrag abschloß, wurde der Regierungsentwurf über die obligatorische Vermahlung einheimischen Weizens und Roggens vorgelegt und sofort mit 24stündiger Frist an den landwirtschaftlichen und Ernährungsausschuß weitergeleitet. Bereits in der morgigen Plenarsitzung des Hauses kommt die Vorlage als erster Punkt auf die Tagesordnung.

Die Vermahlungsvorlage besteht aus elf Paragraphen. Im ersten werden die Mühlen, die ausländisches Getreide vermahlen, verpflichtet, monatlich eine solche Menge einheimischen Weizens und Roggens zu vermahlen, die wenigstens 75 Prozent des gesamten vermahlenden Weizens und 95 Prozent des vermahlenden Roggens beträgt. Ausländisches Weizen- und Roggenmehl darf nur in demselben Prozentsatz mit einheimischen Mehl vermischt in den Handel gebracht werden. Dieser Prozentsatz kann durch Regierungsverordnung abgemindert werden.

Um eine Kontrolle zu ermöglichen, werden die Mühlen zur Anlegung genauer Verzeichnisse über die Menge des ausgehenden Weizens, Roggens, geremmt noch einheimischem und ausländischem Ursprung, verpflichtet.

Die Importeure von Mehl sind verpflichtet bei der Vergeltung des Ort der Mischung des Mehls anzuzeigen; dieser Ort wird vom Zollamt dem britisch-jugoslawischen Gefällkontrollamt angezeigt. Genaue Daten über den Ort und die Zeit der Mischung sowie über Ursprung und Menge sind drei Tage vorher dem Gefällkontrollamt anzuzeigen, das hierzu seine Vertreter entsenden kann. Ueber die vorgenommene Mischung, die nicht in mehrerarbeitenden Betrieben vorgenommen werden darf, sind Protokolle zu führen und ein Recht aufzubewahren.

Früher abgeschlossene Mehllieferungsverträge sind in gemischtem Mehl zu erfüllen, wenn nicht eine Partei vom Vertrag zurücktritt; Streitigkeiten wegen eventueller Preisdifferenzen entscheidet das Schiedsgericht der jugoslawischen Produzenten.

Mehlhändler, die am 15. Tage nach Wirksamkeit des Gesetzes mehr als 10 Zentner Mehl lagern haben, müssen diesen Vorrat dem Gefällkontrollamt binnen drei Tagen anzeigen. Dieses Mehl muß, bevor es in den Handel gebracht oder verarbeitet wird, in dem festgesetzten Verhältnis gemischt werden.

Die Aufsicht über die Durchführung des Gesetzes obliegt den von der Finanzverwaltung bestimmten Organen, die jederzeit Auskünfte fordern und Zutritt zu den Betriebsstätten, Magazinen usw. fordern können.

In begründeten Fällen können auf Grund eines Gesuchs vom Landwirtschaftsministerium im Einvernehmen mit den Ministerien für Finanzen, Handel und Volksernährung Ausnahmen bewilligt werden.

Abstrafungen werden, falls es sich nicht um

Christus auf Seite der Häuserschieber, Steuerhinterzieher, Inflationshünen und Arbeitermörder? Nein, die Wähler werden darüber anders denken als die frommen Bischöfe und sie werden auf die bischöfliche Gotteslästerung am 9. November die entsprechende Antwort geben!

kurzer Debatte wurde die Vorlage unverändert angenommen. Morgen vormittags wird sie noch den Ernährungsausschuß zu passieren haben, worauf sie nach Ablauf der 24stündigen Frist im Plenum zur Verhandlung kommt.

**Neue agrarische Anträge.**

Zur Einlauf der Sitzung besanden sich auch eine Reihe agrarischer Anträge, die ähnlich wie schon früher im Senat auf die Unterstützung der Landwirtschaft und auf die Erlassung eines Ermächtigungsgesetzes zum Ausgleich und zur Stabilisierung der Erzeugnisse, des Absatzes und der Preisverhältnisse hingen. Nach einem weiteren Antrag soll die Regierung ermächtigt werden, die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse gänzlich zu untersagen oder hierfür ein strenges Bewilligungsverfahren anzuwenden, falls die Einfuhr die Preisgestaltung am dem Inlandsmarkt nachteilig beeinflussen sollte. — Ob derartig weitreichende Gesetze Aussicht auf unveränderte Annahme haben, dürfte wohl auch den Agrariern zumindest zweifelhaft sein.

**Die Restgutbesitzer**

**— die größte Sorge des Bodenanwes!**

Prag, 4. November. Am Vormittag befaßte sich der Budgetausschuß mit dem Kapitel Landwirtschaft, wobei nach dem Abg. Genet der Präsident des Bodenanwes, Vozenilek, zu Worte kam.

Er führt an, daß bisher 1.574.000 Hektar, von 24.000 Hektar landwirtschaftlichen Bodens, an Restweiden zugeteilt wurden. Beschlagnahmen sind noch 100.000 Hektar landwirtschaftlichen und 1.100.000 Hektar sonstigen Bodens (Wälder). Von dem zugewiesenen landwirtschaftlichen Boden entfallen 75 Prozent auf die kleinen Farmer und 25 Prozent auf Restgutbesitzer. Die Bodenerwerber haben bisher 1916 Millionen bezahlt und schulden weitere 750 Millionen; als Entschädigung an die Großgrundbesitzer wurden 1100 Millionen ausbezahlt; für die Versorgung der ehemaligen Angehörigen des Bodenanwes wurden 210 Millionen erforderlich. Die Zahlungsvorschriften des Bodenanwes belaufen sich auf 850 Millionen.

An nichtlandwirtschaftlichem Boden, also meistens Wälder, wurden rund 750.000 Hektar übernommen; zu drei Vierteln wurden die Wälder verstaatlicht, der Rest zwischen die Bezirke, Gemeinden, Waldgenossenschaften und andere juristische und physische Personen verteilt. Im weiteren Verlauf der Wälderreform wird der Anteil des Staates verhältnismäßig niedriger sein. Nach Beendigung der Wälderreform wird der Staat etwa ein Drittel aller Wälder der Republik besitzen. Restgutbesitzer sind die Gemeinden, die Zuteilung von Wäldern nur nach dem Gesichtspunkt der Sanierung ihrer Finanzen zu betreiben, da die Wälder groß und ganz nicht sehr rentabel sind. An Bezirke wurde Wald in zwölf, an Gemeinden in 21 Fällen zugewiesen; das Gesamtmaß dieser Zuteilungen beträgt 42.000 Hektar. Hinsichtlich der Zuteilung von Waldkomplexen an Freiwirtschaften von Gemeinden wurden Maßnahmen ausgearbeitet; in bestimmten Fällen sollen Waldgenossenschaften, Bau-Genossenschaften u. s. f. gegründet werden. Der Restgutbesitzer hofft, daß die Wälderzuteilung binnen eines Jahres beendet sein wird.

Die Vererbicherung der Zuteilungen war zum 1. Oktober in 54 Prozent juristisch verarbeitet, juristisch zu 27 Prozent. Diese Arbeiten dürften in etwa drei Jahren beendet sein.

Bemerkenswert waren ferner die Ausführungen Vozenileks über die Rückwix-

**Billo, Sohn von Wotan**

Von J. O. Curwood.

1. Kapitel.

**Die Welt des Unbekannten.**

In der frühesten Zeit seines Lebens bedeckte eine große, dunkle Höhle für ihn die Welt. Ein großer Windbruch, in dem Grauwolf, die Mutter Billos, ein geschütztes Lager für die erste Zeit gefunden hatte, war seine Heimat, und Wotan, ihr Gefährte, kam nur hin und wieder zu ihr. Dann leuchteten seine Augen wie zwei grüne Kerzen in der dunklen Nacht. In ihnen erkannte auch Billo zum erstenmal etwas Fremdes, etwas anderes als seine Mutter, in ihnen entdeckte er, was es heißt: Leben. Er besaß die Fähigkeit zu fühlen, zu wittern und zu hören, ja — aber zu sehen? Hier in dieser schwarzen Höhle, unter den vom Sturme umgeworfenen Bäumen, hatte er noch nie gesehen, bis zu dem Augenblick, in dem zwei grüne Augen vor ihm aufleuchteten. Das erstemal war er ganz erschrocken, dann geriet er plötzlich in Verwirrung und seine Furcht wandelte sich in grenzenlose Neugier. Er suchte immer Wotans Blick zu begreifen, wenn Wotan den Kopf umwendete und seine Augen im Dunkel verhielten. In diesem Augenblick schielende Wotan noch einmal einen Blick auf Billo zurück, daß dieser unwillkürlich zusammenzuckte und sich dicht an seine Mutter schmiegte, die immer so seltsam zitterte, wenn Wotan kam.

Natürlich wird Billo die Geschichte seiner Eltern nie erfahren. Nie wird er hören, daß Grauwolf, seine Mutter, eine vollblütige Wölfin, und Wotan, sein Vater, ein Hund war. In ihm hat die Natur bis zu einem gewissen Grade bereits ihr wunderbares Spiel der Vererbung begonnen. Wohl wird sie ihm beizubringen sagen,

daß seine Wolfsmutter blind ist, aber wie wird er etwas von dem furchterlichen Kampf zwischen der Wölfin und dem Luchs erfahren, in dem seine Mutter das Augenlicht verloren hat. Nichts kann ihm die Natur erzählen von Wotans grausamer Rache, von den herrlichen Jahren ihrer Kameradschaft, ihrer gegenseitigen Treue und ihrer seltsamen Abenteuer in den fantastischen Wäldern — sie kann ihn nur zu einem echten Sohne Wotans machen.

Ganz im Anfang (und noch lange nachher) war er ganz wie die Mutter. Sogar als er schon die Augen weit zu öffnen vermochte und als er seine Beine entdeckt hatte und schon ein wenig in der Dunkelheit umherirrspieren konnte, gab es für Billo nichts und wieder nichts als seine Mutter. Und auch später, als er mit Holzstücken und Moos in der warmen Sonne spielte, wachte er immer noch nicht, wie sie aussah. Für ihn war sie eben groß und weich und warm, und sie liebkoste ihn und plauderte mit ihm mit zarter, wispelnder Stimme, so daß Billo plötzlich in einem schwachen quiekenden Ton seine Stimme fand. Dann kam der Tag, der herrliche Tag, an dem Wotans Augen wie zwei grüne Kerzen Feuerfackeln auf einmal näher und näher auf ihn kamen. Somit hatte Grauwolf Wotan immer festgehalten, denn Einsamkeit galt als oberstes Gesetz für eine junge Mutter ihres Geschlechtes. Ein dumpfes Knurren aus ihrer Kehle, und Wotan war immer stehen geblieben. Aber an diesem Tage ließ sich das Knurren nicht vernehmen, es erklang in Grauwolfs Kehle zu einem leisen, wimmernden Laut. Ein Ausdruck der Einsamkeit, der Freude, einer unendlich schmerzlichen Stimmung. „Es ist alles gut“, sagte sie zu Wotan, und Wotan, der einen Augenblick lang stille war, um sich zu vergewissern, antwortete mit einem dumpfen Knurren aus der hintersten Kehle.

Langsamem Schritte, als ob er es nicht recht wagen wollte, ging Wotan auf die beiden

zu, und Billo schmeigte sich noch enger an seine Mutter an. Er hörte dumpf, wie sich Wotan dicht neben seiner Mutter auf die Erde niederfallen ließ. Er fürchtete sich gar nicht, er war so nur grenzenlos neugierig, aber auch Wotan selber war sehr neugierig. Er schnupperte. Seine Ohren hörten scharf in der Dunkelheit, und einige Zeit nachher begann sich Billo zu rühren. Einen Zoll weit rückte er von der Seite seiner Mutter weg. Grauwolf verharrte aber ganz ruhig. Jeder Muskel ihres geschmeidigen Körpers war so hart und elastisch wie Stahl, wenn sie angespannt aufhorchte. Wieder warnte sie der Instinkt des Wolfes: Billo drohte Gefahr. Ohne einen Laut von sich zu geben, schlich sie die Zähne. Ihre Kehle zitterte, sie brachte aber keinen Laut hervor. Aus der Dunkelheit, kaum zwei Schritte von ihr entfernt, drang ein leises Gewinsel und ein einsidmehelndes Knurren an ihr Ohr.

Billo durchschauerte das Gefühl, sein erstes großes Abenteuer erlebt zu haben. Er hatte seinen Vater entdeckt.

All dies ereignete sich in der dritten Woche seines Lebens. Er war gerade achtzehn Tage alt, als Grauwolf Wotan erlaubte, die Bekanntschaft seines Sohnes zu machen. Und wäre es der Blindheit Grauwolfs und jenes Tages auf dem Sonnenfelsen wegen, an dem ihr der Luchs die Augen austrugte, nicht hier gesehen, hätte sie Billo unter freiem Himmel das Leben geschenkt; dann hätte er fröhliche Beine bekommen. Er hätte die Sonne gesamt und den Mond und die Sterne, er hätte gewußt, was Donner ist und hätte den Riß am Himmel aufsuchen können. So aber konnte er in der dunklen Höhle unter dem Windbruch nichts anderes tun, als in der Dunkelheit umherirrspieren und mit seiner dünnen roten Zunge die abgenagten Knochen ablesen, die zerstreut umher lagen. Manchmal war er ganz allein. Er

hatte seine Mutter dann gehen und kommen hören. Fast immer ging sie, wenn das Gebell Wotans wie ein fernes Echo zu ihnen drang. Noch nie hatte aber Billo das Verlangen gehabt, seiner Mutter zu folgen, bis heute, als Wotan mit seiner dicken, fahlen Zunge sein Gesicht berührt hatte. In diesem herrlichen Augenblick hat die Natur das ihrige getan. Bisher war sein Sinn für die Außenwelt noch nicht ganz ausgebildet gewesen. Nachdem aber Wotan wieder fortgegangen war und die beiden im Dunkel zurückgelassen hatte, begann Billo zu winseln und zu bitteln, er möge doch zurückkommen, genau so, wie er sonst nach seiner Mutter gerufen hatte, wenn sie dem Ruf ihres Gefährten folgte.

Die Sonne stand senkrecht über dem Wald und eine oder zwei Stunden nach dem Besuche Wotans schlich sich Grauwolf davon. Zwischen dem Rest Billos und dem Rande des Windbruchs lagen Baumstämme kreuz und quer ineinander geschoben und teilweise abgedrohen, so daß kein Lichtstrahl durchdringen vermochte. Aber die Dunkelheit fürchtete Billo gar nicht, denn er mußte erst noch lernen, was helllicher Tag ist. Licht, der Tag, und nicht Nacht sollte ihm den ersten großen Schrecken einjagen. So tastete er sich furchtlos den Spuren seiner Mutter nach und bellte, daß sie auf ihn warnte. Aber, wenn Grauwolf Billos Ruf hörte, so achtete sie nicht darauf, sondern trat ruhig weiter, und das trappende Geräusch ihrer Krallen auf dem Holz verlor sich langsam in der Ferne.

Diesmal mochte Billo nicht halt vor dem zwanzig Zentimeter hohen Stamm, der immer in seinem Bereich hereingeragt hatte. Er kletterte hinauf und ließ sich auf der anderen Seite wieder hinunterfallen. Hier, auf der anderen Seite des Baumstammes öffnete sich das Reich zahlloser Abenteuer, und mühsam tauchte Billo unter in der neuen Welt.

(Fortsetzung folgt.)



# Arbeiter und Bauern.

## Ein Landwirt über Agrar- und Sozialpolitik.

lung der Krise auf die Bodenerwerber. Die kleinen Bodenerwerber bleiben die Armen schuldig — insgesamt sind hier etwa 450 Millionen ausständig; das Bodennam kommt durch Gewährung von Zahlungsaufschub bei möglicher Verzinsung entgegen. Neger sei die Situation bei den Kolonisten, denen einheitliche Kredite auf 33 Jahre bei zwei halbjährigen Annuitäten von 4,5 Prozent gewährt wurden. Im Eigentum von Einzelpersonen befinden sich 1583 Restgüter, davon sind 550 Objekte in den Händen ehemaliger Angehöriger der Großgrundbesitzer, und 418 in Eigentum ehemaliger Pächter. Weitere 365 Restgüter gehören juristischen Personen. Die Finanzlage jener Restgüterbesitzer, die sich überinvestiert hätten, sei ziemlich schlecht. Unfähige Besitzer werde das Bodennam nicht schütten, zur Sicherstellung möglicher Restgüterbesitzer, die durch die Krise in Schwierigkeiten geraten sind, treffe das Bodennam jedoch Hilfsmaßnahmen. Den ehemaligen Angehörigen, die Restgüterbesitzer sind, wurden Kredite von 78 Millionen gewährt. Angestelltenorganisationen, die 27 Restgüter besitzen, erhielten Kredite von 23 Millionen. Außerdem beantragte das Bodennam bei der Regierung, die Frist zur Zurückzahlung des Anfangskredits von 150 Millionen, den es seinerzeit erhielt, angemessen zu verlängern, um auch diesen Betrag zum Teil als langfristige Kredite für bedrohte Bodenerwerber verwenden zu können.

### Um das nächste Arbeitsprogramm.

Prag, 4. November. Das Kollegium der politischen Minister verhandelte auch heute über das nächste Arbeitsprogramm der Regierung. Die Beratungen sind noch nicht zum Abschluß gelangt, sondern werden morgen nachmittags fortgesetzt werden. Am Donnerstag tritt der reguläre Ministerrat zusammen.

### Ein Genrebildchen

von besonderem Reiz ist es, daß sich an unserer Kritik der Staatspreisverteilung an Max Brod angerechnet der agrarischen „Benkov“ reibt. Das Blatt der Restgutbarone, das leider noch immer, ohne daß der Ministerpräsident dem widerspricht, als sein Blatt bezeichnet werden kann, stellt sich noch bornierter, als es von Haus aus doch ohnehin ist, und meint, man könne es uns nie recht machen. Es leistet sich folgende Polemik:

„Max Brod ist allerdings Jude, vielleicht Zionist, aber er schreibt ausschließlich deutsch und repräsentiert das deutsche literarische Schaffen in unserer Republik“

— immer noch eher, könnten wir hinzufügen, als der „Benkov“ die tschechische Kultur repräsentiert; den würden wir nicht einmal für zuständig erachten, in Sachen der tschechischen Kultur auch nur ein Urteil abzugeben, geschweige denn in Fragen der deutschen Kultur, die ihm doppelt fremd ist, einmal durch die Sprache und dann durch seine Wesenart, die ihn von jeglicher Kultur distanzieren.

Das Herrn Brod betrifft, so ist er nicht „vielleicht“, sondern ganz zweifellos Zionist, nämlich Jude nach dem eigenen nationalen Bekenntnis, und so wenig wir bezogen hätten, daß ihm irgendein literarischer Staatspreis ohne besondere Kennzeichnung verliehen würde, so nachdrücklich müssen wir doch von neuem betonen, daß wir einen als deutschen Staatspreis amtlich spezifizierten Preis den ihrem Bekenntnis nach deutschen Schriftstellern vorbehalten sehen möchten; wir nehmen die ganze Sache nicht besonders wichtig, können uns aber auch nach der Belehrung, die von so kompetenter Stelle wie vom „Benkov“ ausgeht, nicht entschließen, den Staatspreis des Herrn Brod als einen deutschen Staatspreis anzuerkennen.

Wir möchten auch bezweifeln, ob es sich Herr Brod zur Ehre rechnet, als Jude von einem Blatt verteidigt zu werden, das vor wenigen Wochen noch zum Pogrom aufforderte, und als Dichter den Schutz der Journalistik zu genießen, die kürzlich die Konkurrenz Strebens zu schlagen hoffte, indem sie den Scharfrichter über den Ruhen der Todesstrafe interviewte. Der Unterrichtsminister, den das noble Blatt ebenfalls gegen uns in Schutz nehmen will, wird wohl über die täglichen Ständereien und notorischen Krakeelen des Blattes der Boulevard-Agrarier ungefähr dasselbe denken wie wir!

### Böhmische Landesvertretung.

In der gestrigen Sitzung kam die Beratung des Landesvoranschlags nicht weiter, als bis zur Besprechung der Generaldebatte. Es sprachen die Mitglieder der Landesvertretung Mandl (Nat.-Dem.), Jg. (Christl.-Soz.), Kaiser (Landbund), Genosse Alexander (Soz.-Dem.) und eine Reihe Redner tschechischer Parteien. Der deutsche christlichsoziale Hauptversuchte nochmals die Mißbilligung an dem jetzigen Stand der Selbstverwaltung von seiner Partei abzuwälzen und nachzuweisen, daß die deutschen Sozialdemokraten nur das täten, was die Christlichsozialen wollten und jetzt auch tun würden. Seinen nicht ganz klaren Ausführungen folgte am Schluß nicht einmal der Beifall der eigenen Parteigenossen.

In der heutigen Sitzung wird zunächst der Finanzreferent des Landes das Schlußwort zur Generaldebatte halten und sodann die Debatte über die einzelnen Kapitel des Budgets beginnen.

Der unteren Lesern schon bekannte Landwirt Alfred J. Hofmann (Kraše), ein mit den Problemen der heutigen Landwirtschaft ehtlich ringender Mensch, der die Kustaltung der Wirtschaft mit den alten agrarischen Methoden nicht zu helfen ist, sendet uns (und wie er uns mitteilt, auch der „Landpost“) einen längeren Artikel, der sich mit dem Verhältnis zwischen Arbeitern und Bauern befaßt. Der Autor kommt zu dem Schluß, daß die Bauern ein außerordentliches Interesse an der Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter haben. Wir sind mit der Meinung des Verfassers nicht in allen Einzelheiten einverstanden, bringen aber die Schlußfolgerungen des Artikels, weil daraus ersichtlich ist, daß man auch aus einer anderen Richtung zu denselben Ergebnissen gelangen kann wie wir.

Eine Weidung besagt, daß es im kommenden Winter in den U. S. A., die rund 100 Millionen Einwohner zählen, mehr als 16 Millionen Menschen geben wird, die direkt von der Arbeitslosigkeit betroffen sein werden. Aber Meiden wir bei unserem Beispiel von einer Million in einem Staatswesen vorhandener Arbeitsloser. Arbeitslos sein heißt, seine Lebenshaltung auf das Nennste einschränken müssen, weil das Geld zum Kauf fehlt. Am stärksten drückt sich diese Einschränkung in der herabgeminderten Art der Deckung der Ernährungsbedürfnisse aus. Ein Arbeitsloser wird für sich und seine Familienangehörigen weniger Milch, weniger Butter, weniger Eier, weniger Fleisch, weniger Wurst, weniger Fett, weniger Speck, mit einem Wort weniger an Veredelungsprodukten aller Art kaufen können, als er es täte, wenn er Geld hätte, sie zu kaufen. Ein Arbeitsloser, ein schlecht bezahlter Arbeiter oder Beamter kann sich zeitweilig durch die größte ihm aufgezwungene Sparsamkeit im Ankauf von Meidern, Säuben u. dgl., durch Einschränkung seiner sonstigen Lebensbedürfnisse, über die ärgste Not teilweise helfen, er kann zusammengepfercht in unhygienischen Wohnungen hausen, auf Reinlichkeit und jedes sonstige Kulturbedürfnis verzichten. Aber noch weher als alle diese drückenden Entbehrungen ist der Hunger. Der Hunger tut nicht nur sprichwörtlich, sondern tatsächlich, psychologisch und körperlich weh. Er ist der grausamste Begleiter der Not. Und da der Mensch nicht vom Brode allein leben kann und schon gar nicht bei der Art seiner ihm aufgezwungenen Arbeitsweise und unter unseren klimatischen Verhältnissen, so ist es der Hunger nach Veredelungsprodukten, der den Menschen am meisten peinigt und den er als erstes und dringendstes Gebot stillt — wenn er kann. Wenn er aber nicht kann, muß er den Ankauf von Veredelungsprodukten einschränken, drosseln und vielfach zeitweilig ganz einstellen. Es ist daher gewiß nicht zuviel in Rechnung gestellt, wenn man annimmt, daß ein Arbeitsloser pro Tag

und Kopf um mindestens 5 K weniger von allen aufgezählten begehrten Kostbarkeiten kaufen wird als er bei voller Beschäftigung und gutem Verdienst täte. Ungerechnet auf die beispielsweise angenommene Anzahl von Arbeitslosen macht das pro Tag fünf Millionen oder in 365 Tagen eine Milliarde und 825 Millionen K aus. In einem Staatswesen mit der angeführten Arbeitslosigkeit beträgt daher das Einnahmenmanko für die Landwirtschaft jährlich nahezu zwei Milliarden. Autarkie und Unmöglichkeit des Abzuges ins Ausland zugrundegelegt, fliegen mithin der Landwirtschaft eines solchen Staates jährlich rund zwei Milliarden weniger zu als bei einem gut beschäftigten und gut bezahlten Gesamtarbeiterstand. Nach der oben zitierten Reinerhebung würde das für die Vereinigten Staaten von Nordamerika wenigstens das Sechsfache, das wären also weit mehr als 30 Milliarden K, ausmachen. Ich rote den amerikanischen Farmern sich mit diesen Ziffern etwas näher zu befassen. Die Zahlen werden wahrscheinlich eine nicht unbedeutende Erhöhung erfahren, weil der normale Lebensstandard eines amerikanischen Arbeiters wesentlich höher und die Innenkaufkraft des Dollars, wie man mir sagt, weitaus geringer ist. Es kann daher den amerikanischen Farmern in ihrem eigenen Interesse empfohlen werden — statt uns mit ihren Produktionen zu überschmeißen — lieber dafür zu sorgen, daß sie ihren eigenen Mitbürgern um die 30 Milliarden ihrer Erzeugnisse dadurch mehr verkaufen, daß sie ihre Arbeitslosigkeit abschaffen. Wenn wir den Hunger in Zahlen ausdrücken wollen, so könnte man sagen, es hungern die eigenen Bürger der reichen U. S. A. um einen Betrag, mit dem die Amerikaner das Elend bei den Bauern Europas auszubreiten systematisch an der Arbeit sind. Es ist eine falsche Rechnung, Not und Wirtschaftsgut durch die Erhöhung des Lebensstandards der gelauten Arbeiterschaft, die Bauernschaft aller Länder muß diese Ziele mit allen Kräften, mit allen Mitteln und mit ihrer ganzen politischen Macht fördern und unterstützen. In nichts anderem drückt sich der auch wissenschaftlich begründete Übergang zur Ernährung mit einem Nehe an Veredelungsprodukten stärker aus als bei der breitesten Bevölkerungsschicht, der Arbeiterschaft. Sie hierzu dauernd materiell zu befähigen, ist eine der wichtigsten Aufgaben jeder modernen, aufbauenden Agrarpolitik.

Was sagen uns diese Beispiele? Sie sagen uns mit eindringlicher Klarheit: Die Bauernschaft aller Länder und Erdteile hat, neben den Arbeitslosen selbst, das allergrößte, vitalste, sozusagen ureigenste Interesse an der Hebung der Arbeitslosigkeit, an der Besserstellung des Arbeiters, an der Erhöhung des Lebensstandards der gelauten Arbeiterschaft. Die Bauernschaft aller Länder muß diese Ziele mit allen Kräften, mit allen Mitteln und mit ihrer ganzen politischen Macht fördern und unterstützen. In nichts anderem drückt sich der auch wissenschaftlich begründete Übergang zur Ernährung mit einem Nehe an Veredelungsprodukten stärker aus als bei der breitesten Bevölkerungsschicht, der Arbeiterschaft. Sie hierzu dauernd materiell zu befähigen, ist eine der wichtigsten Aufgaben jeder modernen, aufbauenden Agrarpolitik.

### So kommen wir nicht weiter!

#### Die Rede Curtius' und das tschechische Echo.

Herr Dr. Curtius, der deutsche Reichsaussenminister, scheint doch mehr von der alten Schule preussischer Diplomatie als von der Stresemanns zu haben, sonst hätte er dem tschechischen Abgeordneten Bradnauer im Außenamt den Reichstag ganz anders geantwortet, als er es tatsächlich tat. Was Herr Curtius, der heute doch wohl unter allen Außenministern der Welt der ist, der das größte Maß von Verantwortung trägt, und am meisten Anlaß hätte, seine Worte auf die Goldwaage zu legen, vorige Woche vom Stapel gelassen hat, das war die typisch schnoddrige Antwort des Korpsstudenten auf eine Anrede. Herr Curtius hat er offo den Kulturboykott Deutschlands gegen die Tschechoslowakei angedroht und die bisher zu diesem Ende unternommenen Schritte gutgeheißen. Er hat damit eine neue Welle des tschechischen Nationalismus angereizt, es den Prager Lichtspielbühnen sehr erschwert, deutsche Tonfilme wieder aufs Programm zu setzen, er hat den versöhnlichen Elementen unter den Tschechen einen Anlaß gegeben die Beine geworfen und weder der deutschen Kunstindustrie, noch dem Ruhe Deutschlands gemüht.

Stellen wir uns einmal vor, der deutsche Außenminister hätte nicht als forcher Fachmajor, sondern mit der abgeklärten Ueberlegenheit des Diplomaten gesprochen, stellen wir uns vor, er hätte wirklich die Prager Kronwallere und ihre Beschüßer moralisch zuchtigen wollen! Was hätte er sagen müssen? Nun ungefähr doch das folgende: Wir sind ein altes Kulturvolk und wir sind eine der größten Nationen der Erde. Wir können es uns leisten, über Kleinliche Geheißigkeiten zur Tagesordnung überzugehen. Es ist uns freilich nicht gleichgültig, ob man unseren Nationsgenossen die Scheiben einwirft und den Mund verbietet, wir werden nach bestem Können ihre Partei ergreifen, aber es ist unter unserer Würde, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, es ist unter der Würde einer Großmacht, gegen den kleineren Nachbar mit Repressalien vorzugehen, es ist unter der Würde des deutschen Volkes, auf die Anpödelung durch tsche-

chische Kasseiten mit dem Kulturboykott eines ganzen Volkes zu antworten, dessen Kinderkrankheiten im zweiten Jahrzehnt der Eigenstaatlichkeit wir eben verstehen müssen, dem wir gerade durch unser Beispiel zeigen müssen, wie wenig diese Formen des nationalen Geltungsdranges imponieren können, wie undiskutabel sie unter Nationen alter Kultur und Staatslichkeit sind.

Durchaus liebenswürdig und bei gleichzeitiger Anerkennung des guten Willens auf tschechischer Seite hätte Herr Curtius den Baza und Konforten doch eine gut sitzende moralische Charge verabsolgen können. Seine Antwort hat diese Herren nicht moralisch gerichtet, sondern ihr Ansehen befestigt; sie dürfen ja jetzt um so mehr glauben, in durchaus europäischen Bahnen zu wandeln, wenn sie das empfehlen, was Herr Curtius seinerseits auch für ein geeignetes Mittel des Kulturkampfes hält.

Auf der andern Seite beweist aber das Echo der tschechischen Presse, daß man auch hier nichts dazulernen will. Die tschechische Presse — von den nationalistischen Ringoblattern ganz abgesehen — verkennt eines: die Wirkung, die vom Baza ausgeht. Die „Pr. Presse“ vor allem sollte sich doch an das erinnern, was wir ihr erst unlängst sagten, als sie dem Ausland den Artikel des Genossen J. Krejčí vorsetzte: man kann nicht zween Herren dienen, der Kultur und dem Baza! Die Regierung hat gegen die Ruhestörer und ihre politischen Patrone energisch durchgegriffen, das ist richtig; die Unruhen wurden erstickt, die anständige Presse hat sich anständig gehalten, die großen Parteien sind von den Soffenjungen abgerückt; die Partei des Außenministers hat sich in ihrer Presse bemüht, die schmutzigen Hintergründe der Kampagne aufzudecken. Alles richtig. Aber was geschieht dann? Dann kam der Herr Baza und feierte die Rudies als nationale Helden, machte die Deutschen für den Kronwall verantwortlich, sprach von Prodofationen, drohte mit der Wiederholung des Kamouks, wenn die Deutschen weiter laut deutsch sprechen würden, drohte den deutschen Journalisten mit Repressalien, wenn sie Uebles über ihn und sein Prag berichten würden, und vor wenigen Tagen erst hat der Primator von Prag seinen Namen an die Spitze eines Aufrufes gesetzt, den 40 Obauwisten zeichnen, die sich in holdem Baha als „Intellektuelle“ vorstellen und der ein neuer

### Unser neuer Roman.

Wir beginnen heute mit dem Abdruck eines neuen Romans

### Bisso, Sohn von Wotan.

Der Verfasser, J. C. Curwood ist ein bekannter guter Erzähler, mit dessen Kunst sich unsere Leser gewiß bald befreunden werden.

Appell zu antideutschen Kräfteäußerungen ist. Begreift denn die tschechische Oeffentlichkeit nicht, was dieser Mann für den Staat bedeutet? Wissen Herr Dr. Deucek und seine Presse nicht, daß sie Sisyphus-Arbeit leisten, solange sie Herrn Baza als den ihren an so sichtbareren Stellen stehen lassen? Man stelle sich doch vor, daß etwa in Wien gegen die Tschechen so vorgegangen würde, wie in Prag gegen die Deutschen; daß zwar die Regierung und die großen Parteien von den Banden abrückten, daß dann aber der Bürgermeister aufstände und die Sache abgekehrter Ruhestörer als nationale Tat feierte, sich selbst an die Spitze der Bege stellie! Würde man nicht an der Ehrlichkeit der Verantwortlichen zweifeln?!

Wir glauben uns von der Rede des Herrn Dr. Curtius und von seiner Auffassung der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen genügend weit distanzieren zu haben; wir beurteilen den Kulturboykott als ein unwürdiges Mittel der Abwehr, das im Affekt verstanden, als Plan aber verdammenstwert ist und das obendrein ganz Unschuldige trifft. Aber wir möchten auch die Aufmerksamkeit der tschechischen Oeffentlichkeit, soweit ihr am Frieden und an der Kultur liegt, auf die Schönheitsfehler des Prager Landfriedens lenken. Daß die Zeitung des Ministerpräsidenten im Chor der schlimmsten Krakeeler mitbrüllt, ist peinlich genug, aber es mag noch hingehen, da sie wenige Fremde verstehen, sehr wenige lesen und kaum einer ernst nimmt. Daß aber an der Spitze Prags der alte Ritualmord-Rede Baza, der verbohreste Chauvinist und das leidhaftige Wahrzeichen eines balkanischen Kamelotismus, die Hauptstadt „repräsentieren“ darf, das ist wohl der größte Schönheitsfehler im demokratisch gepuderten Gesicht dieses Staates!

Auf beiden Seiten, diesseits und jenseits des Erzgebirges mühte man anders an die Fragen heranzutreten, soll der gemeinschaftliche Haader einer fruchtbaren Zusammenarbeit weichen!

### Die australische Arbeiterregierung und der Senat.

Die australische Arbeiterregierung hat mit sehr ersten finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen und ihre Aufgabe in dieser Richtung ist keineswegs beneidenswert. Aber überdies stellt sich ihr noch eine andere Schwierigkeit entgegen: der Senat, der wichtige Gesetze verschleppt.

Obwohl die Arbeiterpartei im Unterhaus eine gewaltige Mehrheit besitzt, wird sie durch die Tatsache gehemmt, daß im Senat eine nationalistische Mehrheit vorhanden ist. Die Mitglieder der australischen Arbeiterpartei beschäftigen sich über die Art und Weise, in der der Senat die Politik der Regierung hemmt und dadurch den Willen des Volkes, der bei den Wahlen vom Oktober 1929 so klar zum Ausdruck gekommen ist, verärgert. Im „Australian Worker“ heißt es zum Beispiel, daß „jede wichtige Vorlage, die vom Unterhaus in den Senat gelangt, behandelt so behandelt wird, daß die Regierung in ihrer Gesetzgebung zur Ohnmacht verurteilt ist“ und an einer andern Stelle, „daß es klar ist, der Senat wolle es der Regierung unmöglich machen, die Politik durchzuführen, um deren Willen sie gewählt wurde“.

Ganz besonders wird auf zwei Beispiele hingewiesen. Der Senat hat die Vorlage über den Seireidehandel bei der zweiten Lesung mit 15 gegen 12 Stimmen abgelehnt, ja nicht einmal die Beratung im Komitee zugelassen. Dabei handelt es sich wie der „Australian Worker“ erklärt, „um eine dringende Maßnahme. Das Wohlergehen eines wichtigen Wirtschaftszweiges hing von ihrem sofortigen Inkrafttreten ab. Die Wirtschaft Australiens und sein Kredit im Ausland waren damit verknüpft. Und die Regierung war vom Volk beauftragt worden, das Gesetz einzubringen und durchzuführen“. Weiter hat der Senat „das Schiedsgerichtsgesetz abgeändert und wesentlich geschwächt. Das Gesetz war geradezu der Pfeiler der Politik der Regierung. Infolge ihrer Stellung zu dieser Frage hat die Arbeiterpartei die Wähler für sich gewonnen, ist das Ministerium Bruce-Page gestürzt. Infolge ihrer Stellung zu diesem Problem ist die nationalistische Partei zusammengebrochen und ihr Führer erlitt als der erste australische Ministerpräsident, der als Abgeordneter nicht wiedergewählt wurde, eine schwere persönliche Wahlniederlage. Wenn die nationalistischen Mitglieder des Senats in ihrer Gesamtheit damals vor das Volk hätten treten müssen, hätten sie das gleiche Schicksal erleiden müssen. Zum Unglück mühten sie sich nicht dem Urteil der Demokratie unterwerfen und deswegen können sie uns heute das ungeheuerliche und groteske Schauspiel zeigen, daß eine entscheidend geschlagene Partei das unverkennbare Urteil der Wähler migachtet.“







### Wie es den italienischen Deportierten ergeht!

Das fascistische Tagesblatt von Turin „La Stampa“ veröffentlichte kürzlich die Berichte eines Mitarbeiter, der die Inseln Lipari und Ponza besucht hatte, um das Leben der politischen Deportierten zu studieren. Selbstverständlich hätten diese Berichte nicht erscheinen können, wenn sie nicht noch dem Ziel der Potemkinschen Dörfer verfaßt worden wären. Immerhin blieb selbst bei diesen freiwillig zensurierten Berichten noch so viel übrig, daß man die unglücklich gesundheitschädlichen Lebensbedingungen der Deportierten, ihre moralischen und geistigen Leiden, die Qualen des Lebens auf einer von aller Verbindung mit der Welt abgeschnittenen Insel daraus kennen lernen kann. Dabei man allerdings nicht vergessen darf, daß ganz Italien heute von der Welt abgeschnitten ist . . .

Zum Unglück für den Redakteur ist ein Deportierter, der zur Zeit des Besuchs des Reporters auf Ponza lebte, geflohen und berichtet nun in der Pariser antisemitischen „Liberté“ die ganze Wahrheit.

Der Herr Redakteur hätte damit rechnet, daß er es einen ganzen Monat auf der Insel ausgehalten habe. In Wahrheit war er nur fünf Tage dort und überdies schon vor einem Jahr, so daß er die verschärften Strafbestimmungen nicht kennt, die nach Rücksicht mehrerer Deportierter eingeführt wurden. Der letzte Mischling, der Ingenieur Giopp, sehr den Potemkinschen Dörfern der „Stampa“ die volle, aufreizende Wahrheit entgegen. Er behauptet die furchtbaren Berichte über die Brutalität des Kapitäns Remmi. Er bestätigt die schrecklichen Mißhandlungen, denen der ehemalige Großmeister der italienischen Freimaurer, Torrigiani, auf Ponza ausgeliefert war. Aber man erfährt auch neues aus seinem Bericht. Jedes Ereignis auf nationalem oder internationalen Gebiet, das für die Faschisten besonders angenehm oder unangenehm ist, wirkt sich in verdoppelter Brutalität der faschistischen Garison gegen die Gefangenen aus. De Rosa begehrt den Atten'oidersuch in Brüssel — die Gefangenen werden geprügelt. Mussolini hält seine

Kriegsreden in Livorno und Florenz — die Gefangenen werden blutig gefoltert.

Außerordentlich peinlich für die Berufschre des Berichterstatters der „Stampa“ ist die Feststellung Giopp's, daß seit einem Jahr die Deportierten nicht mehr, wie die „Stampa“ behauptete, sehr leicht die Erlaubnis erhalten, isoliert zu wohnen, das heißt in zu Wucherpreisen gemieteten Häuserhöfen. In Wahrheit wird diese Erlaubnis immer seltener erteilt und die Deportierten, die keine Familie haben, sind gezwungen, in Gemeinschaftshäusern zu wohnen. Diese Gemeinschaftshäuser sind die Zellen der Gefängnisse, die unter den Königen von Neapel für die Galeriensträflinge errichtet wurden. Fenster 50 Zentimeter hoch, der Bodenbelag vor Alter zerfallen, keinerlei hygienische Einrichtungen, die Mauern riechen von Feuchtigkeit, kein Sonnenstrahl dringt in die Zelle. Und so leben auf Ponza 400 Menschen, die kein Verbrechen begangen haben, die kein Richter verurteilt hat, die durch bloße Verwöhnungsanordnung in das Gefängnis der Galeriensträflinge der Könige von Neapel verschickt wurden.

Beim Eintritt in das Gefängnis haben die Opfer der Freiheit eine keine Genehmigung: ein Gedenkstein erinnert an die Neapler Patrioten, die vor fast einem Jahrhundert wegen ihres Patriotismus auf die gleichen Inseln verschickt wurden. Freilich damals gab es einen Stadtkönig, der seine Stimme erhob, um gegen die Könige von Neapel, als sie auf dem Gipfel ihrer Macht waren, zu protestieren, und ihre Politik als eine „Lästerung Gottes“ verdammt. Seine Legation der Papst den Faschisten . . .

Der Ingenieur Giopp aber bringt uns noch eine erfreuliche Kunde. Diejenigen, die als erste vor drei oder vier Jahren administrativ verschickt wurden, waren fast alles alte Freiheitskämpfer. Heute, da ihre Straffrist zu Ende geht, kommen neue an ihre Stelle. Und diese neuen sind fast alles Junge. Die alte Garde hat sich nicht ergeben — die Jugend tritt an ihre Stelle. Und nicht die ganze Jugend Italiens ist auf den Inseln . . .

tieren, gilt wohl jedes, auch das schäbigste Mittel als recht. Man legt einfach der Demokratie die Sünden zur Last, die anderwärts die Diktatur begehrt. Die Diktatur, die man in Deutschland gar zu gern am Ruder sähe!

**Reden — Reden — Reden bis Mitternacht.** Aber nicht ein positiver Vorschlag, wie den Kinderheiten zu helfen sei. Gerade in diesen Tagen — Mitte Oktober — hat die deutsche Sozialdemokratische Partei der Tschechoslowakei in Teplic ihren Parteitag abgehalten. Dort wurde gearbeitet — hier wurde geschwätzt. Dort Menschlichkeit und der Wunsch, mit den Völkern auch die Kinderheiten von Hof und Unterdrückung zu befreien — hier englischer Nationalismus, Chauvinismus und schlimmster Kriegesgeist.“

### Kampfi ums Dasein.

Von Nredo.

Ein halbverhungertes Krabbeli frag einen Koper, der im Nil Eine feste Wassermatte Die einen Fisch im Magen hatte, Mit einem Speer erschlagen hatte Ein Jäger schon das Krabbeli, Weil ausgerechnet auf dem Nil Von eine Pirma aus Paris Krabbeli lächerlich ließ. Durch Konfuzierung der Schlangenhaut, Ging die Federfirma pirle Und den Jäger frag am Nil, Schließlich irgend ein Reptil.

### Nachwort

zum Jubiläum der Prager deutschen Sendung.

Anlässlich des fünfjährigen Jubiläums der deutschen Sendung beim Prager Radiogramm hat der Verwalter dieser Sendung, die damit zu einer Zweihundertjährigen süddeutschen Kulturgeschichte wird, die Prager „Urania“, eine Festschrift erscheinen lassen, die zum festlichen Anlaß einen Überblick über das bisher Geleistete und Glückwünsche mannigfacher Art brachte. Den Lesern dieser Festschrift wird es aufgefallen sein, daß in ihr mit keinem besonderen Worte der deutschen Arbeitersendung gedacht war, daß weder unter den Vorprüfern noch im eigentlichen Text ein Vertreter der proletarisch-sozialistischen Rundfunkbewegung und des freien Radiobundes zu Worte kam. Läge hier nur ein Mangel schlichtlich vor, ein Uebersehen, sei es aus Absicht, sei es in der Eile der redaktionellen Arbeit, so bliebe der Defekt zwar bedauerlich, aber es genügt, ihn festzustellen und für alle Zukunft den Wunsch auszudrücken, derartig auffällige Mängel doch nicht passieren zu lassen. Leider liegen aber die Dinge noch anders, weit untragbarer, als es im Falle eines Uebersehens der Arbeitersendung schon wäre.

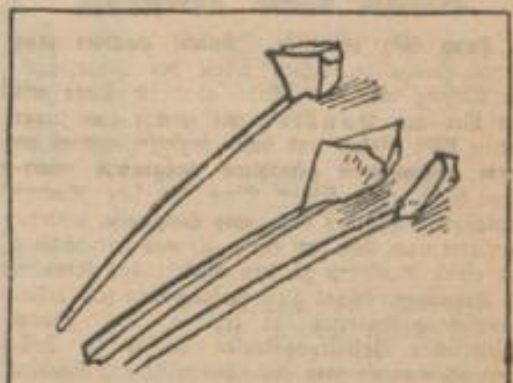
Der Leiter der „Urania“ hat als Redakteur der Festschrift wohl das Bedürfnis empfunden, im Rahmen der Bilanz der Arbeitersendung einen angemessenen Raum zu überlassen, aber er hat dann, und zwar in letzter Stunde, durch ein ganz unbedeutendes Versehen die Mitarbeit eines Sekretärs der sozialistischen Rundfunkbewegung und der Ar-

beitersendung unmöglich gemacht. Ueber Einladung des Herrn Direktor Frankl hatte Genosse Goldschmidt, der seit dem Bestand der Arbeitersendung für deren Programm sorgt und die Interessen der proletarischen Kulturorganisationen am Rundfunk betreut, einen herzlichen und durchaus auf den Ton der Feier gestimmten Vorschlag sowie einen längeren, die Bedeutung der Arbeitersendung würdigenden Artikel für die Festschrift geschrieben. Der Artikel konnte beiseite gelassen werden, er enthält nur Worte des Lobes, er rühmt den Anlaß der Festschrift und auch den Namen, um weiteren Wünschen Ausdruck zu geben, für deren Befriedigung die der Öffentlichkeit und den offiziellen Kreisen zugängliche Broschüre das geeignete Forum schien. Es hätte unseres Erachtens weder der Festschrift noch darüber hinaus der deutschen Sendung geschadet, wenn auch von anderer Seite ein kritisches Wort gefallen und das Beistand des Tages nicht eitel Lob und Preis gewesen wären. Aber das mag nun jeder halten, wie es ihm gut dünkt; von dem Vertreter der Arbeitersendung war jedenfalls weder zu verlangen noch zu erwarten, daß er sich darauf beschränken würde, eine obligat-Stimme im Jubelchor zu sein.

Der Artikel des Genossen Goldschmidt war im übrigen — und wir sind jederzeit bereit, ihn zur Gänze oder auszugsweise zu publizieren — keineswegs so kritisch, daß er das Bild der Festschrift gestört hätte. Er war zu guten vier Fünfteln seines Inhaltes eine anerkennende Würdigung des Geleisteten und wies nur in zwei Punkten auf Mängel hin, die der deutschen Sendung nun einmal und wohl unbefristet anhaften: auf die lächerlich niedrige Honorierung der Vortragenden, die das Niveau der Sendung drücken und im Vergleich mit den Honorarlägen ausländischer Sender einfach schäbig genannt werden muß, und auf die Systemlosigkeit des Programms, also auf das Fehlen eines auf lange Sicht systematisch aufgebauten Programmes (welcher zweite Uebelstand mit dem ersten zum Teil zusammenhängt und durch die Remot der Honorarfrage leichter zu beseitigen wäre). An beiden Punkten gab der Artikel des Genossen Goldschmidt in maßvoller Weise unsere Bedenken und Wünsche kund.

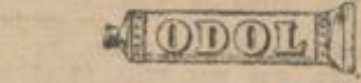
Herr Direktor Frankl erhob zunächst nur gegen die unzulässige Forderung der kritischen Stellen Einspruch, wurde Genosse Goldschmidt sich in entgegenkommender Weise zu gewissen Änderungen bereit erklärte. Es vergingen einige Tage und die Sache schien bereinigt, als Herr Direktor Frankl, der inzwischen für seine Festschrift ein Glückwunschtelegramm des Genossen Dr. Tschek erhalten hatte, plötzlich zu verstehen gab, er könne den Artikel überhaupt nicht publizieren, womit wohl eine Pression dahin ausgeübt werden sollte, die kritischen Bemerkungen zur Gänze zu lassen. Er habe das Manuskript der Herren vom Radiogramm angeigt — die der Inhalt dieser Festschrift, es sei demnach bemerkt, einen Quasi anging — und die Herren hätten Aufschrei an der Kritik geäußert. Da Herr Direktor Frankl von seinem Standpunkt nicht abzurücken war, mußte Genosse Goldschmidt im Einvernehmen mit den Funktionären des Radiobundes und der Bildungsstelle die Konsequenz aus dem Zensur-Artikel ziehen und seinen Artikel sowie nun natürlich auch den Vorwuchs zurückgeben.

Von zwei Gesichtspunkten aus erachtet man das Verhalten des Herrn Professor Frankl



### Scharfkantige Kristalle

können tiefe Schrammen in Ihre Zähne reißen. Eine gute Zahnpasta enthält keine Kristalle. Sie ist unfühlbar weich, wenn man sie zwischen den Fingern zerreibt.



Odol-Zahnpasta ist weich wie Sammet.

bedenklich und unvereinbar mit der Funktion, die — wenn nicht als Leiter eines angeblich neutralen und allgemeinen Volksbildungsinstituts — so doch als Verwalter der deutschen Sendung, die nicht einmal eine Prager Lokalangelegenheit, geschweige denn eine Privatangelegenheit des Uranialeiters sein darf, ausübt. Herr Direktor Frankl hat seine Festschrift dem Radiogramm gewissermaßen zur Zensur vorgelegt und mindestens an einem Artikel diese Zensur überlassen wollen. Das zeigt ihn in bedenklicher Abhängigkeit vom Radiogramm, dem wir mit Liebedienerei die Ausgestaltung der deutschen Sendung nicht abhandeln werden, dem gegenüber der Verwalter der deutschen Sendung sich doch als Repräsentant der deutschen Hörer, als Treuhänder einer süddeutschen Kultursache fühlen muß. Wir wollen nicht die Frage aufwerfen, warum Herr Frankl dem Radiogramm so intensiv entgegenkommt, daß er ihm seine Festschrift zur Zensur vorlegt und es vor jedem Handwechsel Artikel behütet; wir stellen nur fest, daß diese Haltung unzulässig und der Sache, die Herr Frankl zu vertreten hätte, in höchstem Maße abträglich ist. Wir sehen aber auch in der Behandlung, die Herr Frankl der Arbeitersendung zuteil werden ließ, in der Ablehnung des Artikels, in letzter Stunde noch vorübergehenden Unterhandlungen über diskutable Änderungen, in der faktisch bewirkten Ausschaltung der Arbeitersendung aus dem Bilde der Festschrift, eine Brückung der sozialistischen Kulturbewegung, eine Mißachtung der proletarischen Bildungsfaktoren und damit ein Abgehen des Herrn Direktor Frankl von jener Linie der Neutralität, die ihm seine Funktion vorschreiben müßte. Wir sind nicht gekommen, diese Brückung ruhig hinzunehmen und wir sind vor allem entschlossen, für die Zukunft ähnlichen Vorkommnissen einen Riegel vorzusetzen. Es steht nirgends geschrieben, daß die deutsche Sendung immer von der Prager Urania verwaltet werden muß und es ist doch die Frage, ob die größte deutsche Kulturbewegung des Landes, hinter der immerhin die Macht aus der größten politischen Partei des Subkontinents steht, sich von der Urania, der ein Amt zu neuen Händen und kein Kommando übergeben wurde, muß nachgeben lassen. Wir erwarten, daß sich die Leitung der Urania beizeiten besinnt und sich ihrer Stellung im deutschen Kulturleben und vor allem der Pflichten dieser Stellung bewußt wird. Andernfalls wäre dieses Nachwort nur das Wortwort zu einer gründlicheren Aussprache.

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Arbeitsbedingungen in der Binnenschifffahrt. Der Sachverständigenausschuß für die Arbeitsbedingungen auf den internationalen Wasserstraßen hielt vom 29. September bis 1. Oktober seine erste Tagung in Genf ab. Der Ausschuß wurde vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts errichtet. Er hat die Aufgabe, diejenigen Arbeitsfragen namhaft zu machen, die auf den wichtigsten europäischen Wasserstraßen Gegenstand einer internationalen Regelung werden können oder die infolge des Fehlens einer solchen Regelung zu Rechtsstreitigkeiten Anlaß geben können. Vor allem ist der Ausschuß berufen worden, um Maßnahmen vorzuschlagen, die geeignet sind, die augenblicklichen Schwierigkeiten der Durchführung des Arbeitsrechts in der Binnenschifffahrt zu überwinden. Zunächst soll die Frage der Arbeitszeit in Angriff genommen werden, in erster Linie die Mindestarbeitszeit und die Nachtarbeitszeit für das in der Binnenschifffahrt beschäftigte Personal. Ferner wurde befaßt, die Frage der sozialen Versicherung im Zusammenhang mit den sich aus Gefährdung und Verletzung ergebenden Schwierigkeiten zu prüfen. Das Internationale Arbeitsamt wurde gebeten, die Regierungen der europäischen Länder um eingehende Unterlagen über diese Fragen zu ersuchen.

**Nach 100.000 Analphabeten in Italien.** Die Zahl der italienischen Kinder, die sich dem Schulunterricht entziehen, betrug, soweit sie von der Statistik erfasst werden konnten, im Jahre 1924 noch 800.000 und ist, wie aus Rom gemeldet wird, bis zum vergangenen Jahre auf 400.000 gesunken. Um die üblen Folgen des Analphabetismus, die sich namentlich im Süden und auf den Inseln zeigen, noch weiter herunterzubringen, sind die politischen Faktoren und die Schulbehörden bestrebt, durch weitere Eröffnungen von Schulen — im vergangenen Jahre waren es etwa 1000, neuer sollen es weitere 2000 sein — sowie durch die Einführung der vierten Volksschulklasse, das Bildungsniveau erheblich zu vergrößern.

**Die Ruinen von Alt-Chersonesus unter dem Meeresspiegel.** An der Stelle, die Strabo als Standort von Neu-Chersonesus angibt, sind bereits seit etwa hundert Jahren archäologische Ausgrabungen im Gange. Einer Expedition des Moskauer Archäologischen Instituts ist es jetzt gelungen, die Ruinen von Alt-Chersonesus zu entdecken, das ebenfalls bei Strabo erwähnt ist. Die Ruinen von Alt-Chersonesus befinden sich 16 Kilometer westlich von Sebastopol, nur 60 bis 70 Meter vom Meer entfernt, und liegen 4 bis 20 Meter unter dem Meeresspiegel. Im östlichen Teile der versunkenen Stadt sind bereits zahlreiche Bauten ermittelt worden. Im Zentrum der Stadt haben Forscher einen gepflasterten ovalen Platz entdeckt, dessen Durchmesser 40, dessen 70 Meter beträgt. Der Platz überragt die umliegenden Straßen um etwa 30 Zm. und dürfte einst das Forum der Stadt dargestellt haben. Die Stadt war von Quadermauern umgeben, die an hellenische Stadtmauern aus dem 4. Jahrhundert vor Christus erinnern. Ueber den Mauern ragten runde Türme empor, die an die Türme von Neu-Chersonesus gemahnen. Inzwischen sind bereits 16 Türme entdeckt worden. Die Ursachen, die den Untergang von Alt-Chersonesus herbeigeführt haben, und auch der Zeitpunkt der Katastrophe, sind noch nicht bekannt. Strabo hat die Stadt noch im ersten Jahrhundert am Meerstrand wahrgenommen.

**Bier in den Kanalisationsröhren.** In den Kanalisationsanlagen im Zentrum der Stadt Ponters bei New York wurde ein Schlauch entdeckt, der dazu diente, Bier aus einer geheimen Brauerei nach einem entlegenen Lagerplatz zu befördern. Da die Anlage des Schlauchs, der in seiner Gesamtlänge einen Wert von 25.000 Dollar besitzt, nur mit Wissen der zuständigen Beamten erfolgt sein kann, wurden deren sechs verhaftet.

**Familiendrama an der Althofsmann.** In dem Autor: Kesselwang (Akan) erzählt der Augsburger Fabrikbesitzer Gollinger seine beiden Kinder, ein dreijähriges Mädchen und einen siebenjährigen Knaben und wie sie sich dann selbst Gollinger vor durch einen Betrüger, einem früheren Offizier Jöhender aus Tübingen, dem er zu Geschäftszwecken beträchtliche Geldwerte anvertraut hatte, um sein ganzes Vermögen gebracht worden. Gollinger glaubte sich nicht wieder in die Höhe arbeiten zu können. Nachdem er Abschiedsbriefe an seine Angehörigen und Freunde, die er um Sorge für seine Frau bat, geschrieben hatte, kaufte er sich ein neues Auto und fuhr mit seinen beiden Kindern nach Kesselwang bei Hülten. Kurz vor der Ankunft erkrankte die beiden Kinder und fuhr dann noch mit den beiden Leichen bis zum Friedhofseingang von Kesselwang. Auf dem Friedhof schnitt er an beiden Händen die Pulsadern auf und verstarb wenige Stunden später.

**Milch frisch aus dem Bach.** Eine Milchpanzerin, die in ihrem üblen Gewerbe etwas allzu weit gegangen war, wurde in Coen (Frankreich) verhaftet. Die Frau benutzte zur Verdünnung ihrer Milch aus Sparanlassgründen das Wasser eines nahen Baches. Dabei widerfuhr ihr das Unglück, daß in einer ihrer Milchkannen zwei kleine Fische gefunden wurden.

### „Sudetendeutscher Unberstand“.

Unter diesem Titel lesen wir in der „Dresdner Volkszeitung“: „Der Sudetendeutsche Heimath und tagte Sonnabend und Sonntag in Dresden. Dieser Verein neigt gelegentlich dazu, sich „neutral“ zu tun und keine Parteien zu kennen. Wer an der Ueberparteilichkeit Zweifel hegte, wurde am Sonnabend, anlässlich eines Festabends in der Ausstellung, über den Charakter dieses Bundes aufgeklärt. Zweifel sind da nicht am Plage. Es handelt sich ganz offenbar um eine nationalsozialistische, antisemitische und kriegsfreundliche Angelegenheit erster Ordnung und reinsten Wassers.“

An dem genannten Abend flossen die Reden munter fort — bis nachts zwölf Uhr. Man hörte viel von „Behrhaftmachung der Jugend“, „mangelndem völkischen Geist“, „Deutschland über alles“, von „Feinden“ und „Kampfbereiten Schwertern“. Jeder neuen Phrase dankte donnernder „Heil!“ Ruf. Nur von der Veröhnung der Völker, von einem geeinten Europa hörte man nichts. Und doch sollten gerade die entrechteten Kinderheiten erkennen, daß Völkerverbündnis ihr schlimmes Los verweigern muß.

Das tollste Stückchen leistete sich Herr Kallina, ein Abgeordneter aus Karlsbad. Er wandte sich — mit Recht — gegen das traurige Schicksal der völkischen Kinderheiten in Polen, Südslawien, Italien und rief zum Schluß herbeifüllend: „Das alles sind Ergebnisse des Sieges der Demokratie!“ Herr Kallina weiß genau so gut wie wir, daß gerade in den genannten Ländern die Diktatur — offen oder unter dem Mantel eines Scheinparlamentarismus — das Jopier schwingt. Aber um die verhaßte Demokratie zu diskredi-



# Kunst und Wissen.

Hans Göb rezitierte, Rudolf Bandler sang gestern abends im vollen Saale des Mozarteum. Am Anfang war das Wort, aber ich fange mit dem Lied an: Bandler, wie immer von seiner Gattin Lily begleitet und sicher begleitet, erwies an einem geschmackvoll gewählten Programm neuerdings nicht nur seinen Sinn für jede Nuance musikalischer Poesie und noble Singweise, sondern offenbar auch, daß ihm eigen ist, was nur höchstes Gut eines Künstlers zu sein scheint: das Können, das Vermögen, reiflos den (gesanglichen und deklamatorischen) Ausdruck zu erzielen, der seinem künstlerischen Gestaltungswillen vorzwehlt. Vollkommenheit nennt man das. Sie trifft bei Bandler zu vor allem auf die Einfachheit, mit der er den vollendetartigen, dann wieder den konventionellen, ein ander Mal den drastischen Ton trifft. Vorbildlich die Wortbehandlung, die die Wiedergabe der Poesie in gedruckten Programmen geradezu als überflüssig erscheinen ließ. — Nicht ganz so glücklich Herr Göb. Borgelesen habe ich ihn zum laudatorischen Male als Bühnenkünstler bewundert; so Lebenswichtig ist er und so tief in seiner Lebenswürdigkeit, daß ich ihm, zumal er vielleicht gestern zum ersten Male am Vortragstisch so wirkungsvoll nicht wehtun möchte; aber es muß gesagt werden, daß er dorthin zunächst außer seinem natürlichen Charme nur ein unglücklich gewähltes Programm, wenig Harmonie, für die gebundene Sprache zu wenig innere Bindung, für die leichte Prosa, die ihm besser liegt, zwar den gefälligen Ton, leider aber nicht genug Rundung und Kraft der Aufschaulichkeit mitbrachte. Und um Wirkung mit Worten und Sätzen zu erzielen, die im Dialekt wurzeln, muß man diesen, sei es nun arabisch oder arabisch, auch voll beherrschen! Und fremdsprachige Worte und Namen muß man in der Öffentlichkeit richtig sprechen! Zum Schluß, bei den Goldenen Sternen von Morgenstern, ließ Göb die Herzen, die er nie verliert, durch das sentimentale Piano jarter Fronte auch wieder herzlich loben und Herr Bandler — eine originelle Idee — sang ihm jedes Lied in der Vertonung Goewers nach, das Gefühlsmäßige dieser sinnig-unstimmigen Gedankensprache überzeugend unterstreicht. — Es gab den ganzen Abend über viel aufreißenden Beifall für beide Künstler gleichermaßen um all ihrer Verdienste und Leistungen willen, ob hoc besonders für Bandler und seine preisfähige Begleiterin. L. G.

**Nicht in Brüssel.** Montag abends dirigierte Richard Strauß, wie bereits am Sonntag nachmittags, im außerordentlich großen Saal des Palais des beaux arts eine Aufführung eigener Werke. Das Brüsseler Philharmonische Orchester brachte unter seiner Leitung „Tod und Verklärung“, „Don Quixote“, das Finale des „Rosenkavalier“ und „Till Eulenspiegel“ in vollendetester Weise zu

Gebir. Der deutsche Künstler wurde stürmisch gefeiert und unzählige Male hervorgehoben.

**Wie Kunst hat das eigentlich nichts zu tun,** was wir hier berichten wollen, obwohl — fast möchte man sagen: weil es der Theaterzeitung entnommen ist, die im Neuen Deutschen Theater vertrieben wird. In der letzten Nummer dieses Blattes ist nämlich kommentarlos ein Brief abgedruckt, den die Direktion dieser Tage von einem Herrn Fröhlich aus „Hbg.“ erhielt und der folgenden Wortlaut hat:

Am 22. September war ich anlässlich einer Probe Regatta nicht nur in Prag, sondern auch in der Kleinen Bühne. Die Karten bezahlte ich mit 2.5.— das Stück. Die Aufführung hat mir jedoch so gut gefallen, daß ich mich verpflichtet fühle, den Eintrittspreis nachträglich richtig zu stellen. Ich sende Ihnen deshalb 100 Kč mit gleicher Post ab. Es ist nicht sehr viel, dürfte aber zu einem guten Glas Wein für Darsteller und Regisseur reichen. Leider bin ich weder Castiglione noch Kerschbald. Sie kennen ja das Sprichwort: „Schuft, der mehr gibt als er hat“.

Ich kenne sehr viele Bühnen in Deutschland und natürlich auch in Wien und die österr. Provinz. Aber ich habe in letzter Zeit keine Aufführung erlebt, die mich so befriedigt hätte, wie die Aufführung der „Kassette“ in der Kleinen Bühne. Ein ganz wunderschön abgestimmtes Ensemble, das ich hoffentlich auch im kommenden Jahr wieder genießen kann.

Da kann man nur sagen: Wärlt Du wissen, wer Du bist, so schau, wie Deine Zeitung ist! Bobin entließ letzte Wärd, wenn man sich nicht entblöde, mit einem solchen Trinkgeldbrief Reklame machen zu wollen! Wir bezweifeln, daß es noch ein zweites großstädtisches Theater geben könnte, das sich zur Veröffentlichung eines solchen Schreibens entschließen würde.

**Opernintendant Dr. Singer.** Für den von der Leitung der Städtischen Oper Berlin-Charlottenburg zurückgetretenen General-Intendanten Teichner wurde der stellvertretende Intendant Dr. Kurt Singer, der frühere Musikdirektor des „Vorwärts“, vorläufig mit der Direktion des Theaters betraut.

**In Vorbereitung:** Schauspiel: Schillers „Räuber“ werden als diesjährige Schillerfeier für das Neue Deutsche Theater einstudiert. Die Kleine Bühne bringt als Novität „Der Unwiderstehliche“ von Göttsche. In der Oper: „Simone Boccanegra“ von Verdi. In der Operette: Anlässlich des Offenbach-Gedenktages „Die schöne Helena“.

**Druckfehler.** In dem Artikel „Im Reiche der Operette“ (4. November) ist richtigzustellen: erster Abtag, Zeile 10: Raßen statt Massen, zweiter Abtag, Zeile 15: Wort statt Wert, Zeile 24/25: Ein Zeitalter, das der Technik untertan ist

und abtrünnig dem Geist... Zweite Spalte, zweiter Absatz, Zeile 10/11: eine Alltagslogik sonder Reiz und Wärme, den Spährengang durch eine erdgeborene Kausalität zu föndigen... dritter Absatz, Zeile 4 von unten: statt —Raum, und — Raum und.

**Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.** Heute, Mittwoch (30.—4.), 7 1/2 Uhr: „Hutnägel“. Donnerstag (21.—1.), 7 1/2 Uhr: „Angelina“. Freitag (Bankbeamten I und II), 7 1/2 Uhr: „Was Ihr wollt“. Samstag, 7 Uhr: „Victoria und ihr Husar“. Sonntag (22.—2 R. B. und Arbeitschmerzvorstellungen), 2 1/2 Uhr nachm.: „Blauer Schmetterling“. 7 Uhr abends: „Carmen“. Montag (23.—3.), 7 1/2 Uhr: „Hulla di Bulla“.

**Spielplan der Kleinen Bühne.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr: „Blauer Schmetterling“. Donnerstag, 7 1/2 Uhr: „Lüner und die Nonne“. Freitag, 7 1/2 Uhr: „Meine Schwester und ich“. Samstag, 7 1/2 Uhr: „Wunderbar“. Sonntag, 3 Uhr: „Geschäft mit Amerika“. 7 1/2 Uhr: „Wunderbar“. Montag, 7 1/2 Uhr: „Meine Schwester und ich“.

## Aus der Partei.

**Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker.** Freitag, 8 Uhr, Vortrag Genosse Josef Hofbauer: „Wesen und Werden der Arbeiterkultur.“ Bringt Gäste mit. Partei- und Jugendgenossen willkommen. Ort: Groden 17, Hintergebäude, 2. Stock.

### Jugendbewegung.

**S. J. Prag.** Heute Monatsversammlung in der Sec. mit zwei Referaten: Gen. Bauer: Der 5. Verbandstag der S. J. Gen. Wanka: Der Tagespartei. Beginn halb 8 Uhr. Pünktlich sein!

## Sport \* Spiel \* Körperpflege

### Verbandstag des 5. Kreises des A.Z.U.

Sonntag fand im Kuffiger Volkshaus der 5. Kreises unter zahlreicher Teilnahme aller Verbandsgemeine statt. Der Verbandstag zeigte durch seine Zusammenkunft, daß die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung des 5. Kreises trotz aller Forderungsarbeit durch die Kommunisten innerlich geeicht dasteht, daß es selbst in der Zeit der jurchgehenden Auswirkungen der Wirtschaftskrise gelungen ist, Erfolge in organisatorischer Hinsicht zu erzielen und die vollen Arbeiterportier und -sportlerinnen neu zur Fahne der Sozialdemokratie ziehen. Die Tagung wurde durch den Verbandsvorstand, Genossen Erlacher, mit einer längeren Begrüßungsansprache an die Delegierten und Gäste sowie einem Nachruf für die in der Berichtzeit verstorbenen Mitglieder eröffnet. In Vertretung der sozialdemokratischen Kreisorganisationen teilte nach Abg. Genosse Krenker an der Tagung teil. Die Berichte über die Tätigkeit des Kreisvorstandes, über die Aufgabearbeit und über die technischen Arbeiten zeugen für die Hülle der Arbeit, die geleistet wurde. In der Debatte wollten zwei Kommunisten eine vorbereitete Erklärung verlesen. Beiden wurde unter dem Beifall der Delegierten das Wort entzogen, weil sie gegen die sozialdemokratische Partei ausfällig wurden, was den lebhaften Protest der Tagung hervorrief. Für kommunistische Spaltung und Zersplitterung ist bei den Tagungen der Arbeiterportier kein Platz mehr. Alle Berichte wurden zur Kenntnis genommen und dem Vorstand sowie dem Kassier einstimmig die Entlassung erteilt. Um den Punkt „Reform der Kreis- und Bezirksbeiträge“ entspann sich nach dem Referat des Verbandskassiers, Genossen Löwe, in dem die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung um 10 Heller per Monat begründet wurde, eine lebhafte Debatte, in der größtenteils ein ablehnender Standpunkt eingenommen wurde. Schließlich wurde in der Nachmittagsitzung der von der erweiterten Kreisleitung neuformulierte Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Ein wichtiger Gegenstand des Verbandstages war das Referat des Genossen Reßler: „Wie gewinnen wir und erhalten wir die Jugend in unseren Reihen?“, das sehr beifällig aufgenommen wurde und bewies, daß die Delegierten für dieses Problem vollstes Verständnis hatten. Als Ziel des Kreises wurde beifällig bestimmt. Sodann begründete Abg. Genosse Müller mit einigen marxistischen Sätzen folgende Entschliessung:

Der Kreisverband des 5. Kreises des A.Z.U. begrüßt es freudig, daß sich der Parteitag der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der 6. S. N. eingehend mit der Frage des Abwehrkampfes gegen den Faschismus befaßt hat. Der lebhafteste Beifall, der auch die Aussprache begleitete, beweist, daß der Parteitag und die Arbeiterpartei dem Abwehrgedanken zustimmt.

Der Kreisverband teilt in Anlehnung an die Beschlüsse des Parteitages den Standpunkt zum Faschismus und dessen Abwehr. Er ist überzeugt, daß der Parteivorstand die Entwicklung des Faschismus im Ausland und die Arbeit faschistischer Gruppen im Inland mit größter Aufmerksamkeit beobachtet und rechtzeitig im Einvernehmen mit allen in Frage kommenden Organisationen, Vorkehrungen für entscheidende Abwehr treffen wird.

Der Kreisverband verweist darauf, daß der „Deutsche Turnverband“ die faschistischen Umtriebe der Palantzenler unter dem Titel des „Antimarkismus“ offen unterstützt, daß sich unter der falschen Flagge des gelben „Volksport“ faschistische Gewaltgruppen gebildet haben und ist überzeugt, daß jeder Arbeiterturner und Sportler dem Rufe der Partei zu radikaler Abwehr freudig Folge leistet.

## Kindernachmittag

am Mittwoch den 5. November nachmittags 3 Uhr in der Sec. Kinderfreunde Prag.

Die Entschliessung wurde unter lebhafter Zustimmung einstimmig angenommen. Bei den Reuwohlen in die Kreisleitung wurde Genosse Edward Erlacher neuerlich zum Vornann gewählt. Am Verbandstage waren 138 Bertine durch 185 Delegierte vertreten. Mit einem anfeuernden Schlußwort des Genossen Wilmann und dem Liede „Turner, auf zum Streik“ wurde die arbeitstretende Konferenz nach achtstündiger Dauer geschlossen.

**Wiener Arbeiterfußball.** Sonntag und Sonntag fanden folgende Spiele statt: C. u. P. Nord-Wien gegen E. S. B. Simmering 2:2 (1:0, 1:1), Straßendamm gegen Techn. Union 1:0 (0:0, 0:0), Red Star gegen Spitalbedienstete 0:0, H. S. F. gegen Neutendof 2:0 (1:0), Rudolfsbügel gegen Floridsdorfer Rosenpieler 3:4 (2:3), Braterpostvereiniguit gegen Westbahn 1:0, Neutreich gegen Germania Rudolfsbügel 4:3 (3:2), Rudolfsbügel gegen Neutendof 4:2 (1:0), Simmering gegen Dornbach 3:3, Brighillauer Rosenpieler gegen Germania Rudolfsbügel 1:0 (1:0). — Freundschaftsspiele: Bernab gegen Reford Rider 6:3, Floridsdorfer gegen Weidlinger H. C. 1:1, Neutral gegen Arsenal 6:0.

**Am die Vorküper Arbeiterpartei.** Colhebrau hat in seinem Bezirk das Spiel gegen den Gruppenmeister Reuvelas Hinterswald 4:0 gewonnen und ist sicherer Anwärter auf die Bezirksmeisterschaft. Im Bezirk Coribus schlug am Sonntag Coribus 13 Borussia Weizow 3:0 und holte sich dadurch den Bezirksmeistertitel. Als dritter Bezirksmeister wurde der A.Z.U. Weizowler gemeldet.

## Der Film.

### „Quer durch Amerika“.

Der dieswöchige Kulturfilm der „Urania“ führt diesen Titel und Jug. Gesellschaften vom Nordwestlichen Ozean gab zu dem Film Erläuterungen vielfach humorvoller Art. Wäre diese Vorführung von irgend einem Verein veranstaltet worden, so hätte man zu dem Gelächern und Gebürren „Ja“ und „Amen“ sagen können. Von einem Volksbildungsinstitut verlangt man aber etwas mehr, als einen mit „Humor gewürzten“ Aufklärungsvortrag über ein Land, das durch seine materialistische Weltanschauung sich ernst und feurig in das Weltbild des denkenden Individuums mit. Seefahrer, Wollentragter, Lohhämme in Kalifornien, Silbergrubensystem in Kanada, das ist gewiß alles sehr interessant, aber dies hat man alles schon einmal da und dort zu sehen bekommen — und ohne humorvollen Witz erweckt, in seiner Stimmigkeit ist von stärkerer Wirkung. Dem Vortragenden ist da kein Vorwurf zu machen — er fuhr mit dem Hand durch die Meere, sah fremdes Land und fremde Energien. Und nun erzählt er — mit viel Worten und wenig Bildern von einer Welt, die sich ihm als technischer Fortschritt darstellt und von der wir lernen können. Gewiß, wir können von Amerika lernen. Aber Amerika, das sind nicht nur Wollentragter und nicht nur die Ostbäume in Kalifornien, nicht nur die Lugsässen der Hollywooder Filmstars — Amerika, das sind auch seine Arbeiter und ihre Arbeitsbedingungen, seine Finanzjongle und seine Verordnungen, seine Polizei und sein elektrischer Stahl — das alles zusammen ergibt ein „Quer durch Amerika“ — einen Querschnitt — der ein Gesicht enthält, dessen Ausdruck nicht nur belehrender Art wäre — der aber dadurch gerade volksbildnerisch wirken dürfte. Dieses geistige „Quer durch ein Land“ wöndern können uns Vortrag und Bild vollständig schuldig und es war lediglich eine geographische Durchquerung — doch wissen wir heute, dank Upton Sinclair, Egon Erwin Kisch, Alfons Goldschmidt, Sinclair Lewis, dank des erschütternden Todes von Sacco und Vanzetti, von diesem Land doch schon etwas mehr — als uns das Urania-Kino im Kulturfilm zu zeigen weiß.

In diesem Mangel an Beredbarkeit in geistigen Zeitfragen zeigt sich ebenfalls die Schwäche des Vortrags der Urania oder dessen bürgerliche Abhängigkeit von irgendwelchen „politischen“ Momenten, denn er muß doch vorher wissen, was gesagt wird und es das vorgelegene Wort seinen Zweck, volksbildnerisch zu wirken, erfüllt. In diesem Fall wäre dem Film und dem Vortrag nicht nur geographische, sondern auch eine geistige soziale Note zu geben gewesen.

Von solchen Erwägungen läßt sich aber der Vortrager der „Urania“ nicht gern leiten, weil er vielleicht eine Beiratsträgung seiner „bürgerlichen Beziehungen“ fürchtet und hat auf die Schwäche des Kinos wirklich als Volksbildung einzurwirken, sich eher zum Diener „eines“ Individuums macht, was vom Standpunkt des Beschäftigten wohl „amerikanisch“ sein mag, mit den Aufgaben eines Individuums für Volkserziehung jedoch nicht ganz zu vereinbaren ist. Der Hinweis, daß Mensch und Natur doch leben müssen, ist dafür keine Entschuldigung, da man eine jahrzehntelange Tätigkeit als Volkserzieher entfaltet hat, deren Ergebnis sich in dem guten Belohnen ernstester Dinge zu beweisen hätte.

Herausgeber: Eusebio Tsch. Chefredakteur: Wilhelm Riecher. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Franz. Druck: „Nava“ K. G. in Prag, in der Sec. und Sudet. Prag. Für den Druck verantwortlich: Otto Dostl. Prag. Die Verbandsmeisterschaft wurde von der Zeit u. Tagesprogramm mit Erfolg Nr. 12.900/VII/1930 von-gep.

## Werte Genossen!

Wir werden, wie im Vorjahre, wieder die

# Neujahrs-Enthebungen

in unserem Blatte veröffentlichen, wodurch den Genossen die mit den Neujahrsgratulationen verbundenen erheblichen Unkosten erspart bleiben. Die von Jahr zu Jahr steigende Anzahl der Erhebungen zeigt, daß diese Einrichtung einem lange gebotenen Bedürfnis entspricht.

Die Enthebungen werden, nach Orten geordnet, erscheinen und lediglich Namen und Beruf enthalten. Eine Enthebung wird mit Kč 10.— berechnet.

## Werte Genossen!

Wir ersuchen Sie, die niederstehende Enthebungsbestellung frdl. auszufüllen und umgehend an uns einzusenden. Die Bestellungen müssen bis spätestens 10. Dezember bei uns einlangen.

Bei dieser Gelegenheit ersuchen wir Sie noch, den entfallenden Betrag mit der Abonnementgebühr pro Dezember einzusenden, da wir nur die bezahlten Enthebungen einschalten können.

Wir rechnen zuverlässlich damit, daß Sie von unserem Angebote Gebrauch machen werden und zeichnen mit Parteigruß:

Verwaltung des „Sozialdemokrat“  
Prag II., Nekozanka 18.

Hier abtrennen!

Hier abtrennen!

# Neujahrs-Enthebung für „Sozialdemokrat“.

Ich bestelle hiermit unter dem Namen

eine Neujahrsenthebung zum Betrage von Kč 10.— und sende Ihnen diesen Betrag gleichzeitig mit der Abonnementsgebühr pro

Unterschrift:

Beruf: